

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zł, Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Ds. Bf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Ercheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 246

Bromberg, Donnerstag den 26. Oktober 1933

57. Jahrg.

Der Führer im Jubel der Nation.

Hitlers erste Wahlrede im Sportpalast.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Im Berliner Sportpalast fand am Dienstagabend eine riesenwahlkundgebung statt, in welcher der Führer in einer großen Rede über die gesamte innen- und außenpolitische Lage sprach. Schon lange vor Beginn der Versammlung war die große Halle bis auf den letzten Platz gefüllt.

Zehntausende umsäumten die Auffahrtsstraßen und bereiteten dem Führer große Ovationen.

Da die ungeheure Menschenmenge, die an der ersten großen Wahlkundgebung in Berlin teilnehmen wollte, selbst in der riesenhallen des Sportpalastes nicht untergebracht werden konnte, wurden allein in Berlin zu gleicher Zeit 65 Parallel-Versammlungen abgehalten. Die Rede des Führers wurde dort durch Lautsprecher verbreitet. Im ganzen Reich fanden in der Zeit zwischen 8 und 10 Uhr abends Hunderte von Wahlversammlungen statt, in welchen die Rede des Führers angehört wurde.

Die Kundgebung im Sportpalast war durch eine Ansprache des Propaganda-Ministers Dr. Goebbels eingeleitet worden.

Die Abfahrt des Führers gestaltete sich zu einer ungewöhnlichen Guldigungsfahrt.

In seiner großen Rede (von der wir morgen leider nur einen Auschnitt wiedergeben können) gab Hitler einleitend einen Rückblick auf die Entstehung des Versailler Vertrages und malte seine furchtbaren Folgen für das deutsche Volk und ganz Europa aus. Dabei betonte der Führer erneut, daß die Güter von Versailles

das Korridor-Problem als Zankapfel

zwischen Deutsche und Polen geworfen hätten, damit sich beide Nationen nicht verständigen sollten. Er umriß sodann in kurzen Zügen die bisherigen Leistungen des nationalsozialistischen Staates zur Rettung des Volkes und brachte seine persönliche harte Entschlossenheit zum Ausdruck.

Keiner Drohung die deutsche Ehre zu opfern.

Er schloß seine mit unerhörter Begeisterung aufgenommene Rede mit dem Bekenntnis, nicht vom Haß gegen andere Völker, sondern nur von der Liebe zum deutschen Volke getragen zu sein.

Die französische Presse zur Rede des Führers.

Paris, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rede des Führers im Berliner Sportpalast wird von der Pariser Morgenpresse auszugsweise, zum Teil ausführlicher gebracht. Nur wenige Blätter nehmen zu seinen Ausführungen ausdrücklich Stellung. Das rechtsstehende „Echo de Paris“ betont, Adolf Hitler habe als Parteiführer und nicht als Kanzler gesprochen. Dieser Unterschied müsse gemacht werden, damit die gesprochenen Worte in ihrem eigentlichen Rahmen blieben. Der Führer sei außerordentlich in Form gewesen und habe die Wirkungen seiner Rede bewundernswert gesteigert.

Der „Petit Parisien“ erklärt, der Führer habe am Dienstagabend eine der wichtigsten Reden seiner Laufbahn als Volkstribun gehalten.

Englische Stimmen.

London, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rede des Reichskanzlers im Sportpalast wird von der englischen Presse an hervorragender Stelle und in langen Auszügen wiedergegeben. Besonders hervorgehoben werden die Stellen, die sich auf England beziehen.

Die „Times“ schreiben in ihrem Bericht: Der Ton der Hitler-Rede sei rauher gewesen als derjenige seiner vorherigen mehr staatsmännischen Äußerungen. Der Ton habe an die alten Oppositionstage erinnert. Das Thema der Rede könne nur als „Deutschland gegen die Welt“ beschrieben werden. Gleichzeitig müsse man aber feststellen, daß der Beifall niemals lauter und anhaltender gewesen sei als nach dem Teil der Rede, in welchem Hitler sagte, daß das deutsche Volk bereit sei, dem französischen Volk die Hand zu reichen.

Der „Daily Telegraph“, der den ungeheuren Eindruck der Begeisterung wiederzugeben versucht, hebt die friedlichen Gefühle hervor, die in der Rede Hitlers vorherrschten und fügt hinzu, daß sie in etwas herausfordernder Form vorgebracht worden seien. Mit einer vor Erregung geladenen Stimme habe sich Hitler lange bei dem Thema der verletzten Ehre Deutschlands aufgehalten.

Die konservative „Morningpost“ spricht von einem Ton der Verachtung und Geringschätzung, mit dem Hitler von England und Frankreich gesprochen habe. Die überschrieben in der großen Aufmachung auf der ersten Seite erschienenen Meldung des „Daily Express“ heißt: „Hitler geißelt die Alliierten“. Der Berichterstatter berichtet von der unbeschreiblichen Begeisterung,

Die Kabinettreise in Frankreich. Sarraut — Chautemps.

Paris, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Kriegsminister und frühere Kolonialminister Albert Sarraut wird auch von der Morgenpresse als wahrscheinlicher Kandidat für die Kabinettsneubildung bezeichnet. Er ist zwar schon häufig Minister, aber noch niemals Chef einer Regierung gewesen. Mit seinem Bruder Maurice Sarraut, der ebenso wie er Senator ist, gehört er zu den angesehensten Persönlichkeiten der radikalsozialistischen Partei, ist jedoch mehr rechts eingestellt als Daladier. Nicht zu vergessen ist ferner, daß die Sarrauts die einflussreiche Provinzzeitung „La Dépêche de Toulouse“ besitzen.

Andere politische Kreise sind der Meinung, daß Präsident Lebrun den Auftrag zur neuen Regierungsbildung dem Deputierten Chautemps übertragen dürfte, wodurch diejenigen Elemente der radikalen Gruppe an das Ruder gelangen würden, die für eine Konzentration sind und einem Konzentrations-Kabinett die Wege vorbereiten könnten. Alle Parlamentarier bestätigen übereinstimmend, daß das Finanzproblem gegenwärtig an die Spitze der Staatsprobleme gerückt ist und daß sowohl das künftige Kabinett als auch das Parlament von vornherein diesem Problem werden zu Leibe rücken müssen.

Als Kandidat für das französische Ministerrats-Präsidium werden endlich noch der frühere Staatspräsident Doumergue und Caillaux genannt.

Frankreich am Scheidewege.

Die letzten Tage haben einen spekulativen Angriff auf den Franken gesehen, wie er seit 1923 und 1926 nicht mehr da war. Seit längerer Zeit ist auch wieder einmal eine größere Menge Goldes aus den Kellern der Bank von Frankreich nach London gewandert. Das sind Sturmzeichen, deren Bedeutung man nur erkennen kann, wenn man auf die Positionen zurückblickt, welche die französische Demokratie durch ihr ewiges Zaudern und ängstliches Festhalten für Frankreich verloren hat. Als das Kabinett der nationalen

Konzentration unter der Führung Poincarés die Rettung der französischen Währung vor der Inflation im Jahre 1926 erreicht hatte, begann man zu sparen und einen Staatschatz von annähernd 18 Milliarden Franken anzusammeln, durch den die Zukunft der französischen Finanzen für lange Zeit gesichert schien. Dieser Staatschatz ebenso wie der Ausgleich des französischen Etats wurde von den Rechtsregierungen, die von 1929 ab die Führung innehatten, der Illusion geopfert, daß Frankreich durch das Gold, das es zum Schaden der übrigen Welt angehäuft hatte, gesichert sei. An dieser These, welche die parlamentarischen Regierungen der Notwendigkeit überhob, den Etat auszugleichen und ihren Wählern wie in anderen Ländern Opfer zuzumuten, hielt man solange fest, bis die anderen ausfallende Wirtschaftsmächte die Goldbasis verließen und dadurch den Berg dieses edlen Metalls, den Frankreich aufgeschüttet hatte, wertlos machten. Hätte die französische Demokratie ihre starre Haltung aufgegeben, Frankreich könnte noch heute im Besitze einer weltwirtschaftlichen Vormachtstellung sein, von der heute kaum noch ein Schatten existiert. Es ist die alte Tendenz der Demokratie, den kleinen, zunächstliegenden Vorteil gegen den großen auszutauschen, der nur durch kühnes, unabhängiges konsequentes Handeln zu erreichen ist. Es half aber nichts. Die Auswahl der Koalitionen, die zur Verfügung stand und die halbwegs noch im Stande gewesen wären, eine Politik der Opfer für ihre Wähler zu tragen, wurde immer kleiner. Jede Koalition der linken Mitte war an die Unterstützung der Sozialisten gebunden, was, wie die Finanzpolitik der letzten drei Kabinette bewiesen hat, nichts anderes zu bedeuten hatte, als daß der Einführung von Kürzungen und Steuern unübersteigliche Hindernisse entgegen standen, jede Koalition der Rechten oder der Rechten Mitte mußte an den im Rahmen einer wirklich dauerhaften Sanierung der französischen Finanzen notwendigen Streichungen des Meeres- und Marinehaushalts scheitern. So wuchs das Defizit von zwei auf sechs Milliarden und die kleinen Hilfsmittel, es wegzuhetzen, ohne dem Lande Opfer aufzuerlegen, kamen allmählich abhanden. Von den Verlusten ganz zu schweigen, welche die französische Kreditpolitik an der Donau erlitt. Die Krise präsentiert der französischen Demokratie ihre Rechnung, spät — aber unerbittlich...

mit der die Eröffnung des Wahlfeldzuges durch Adolf Hitler begonnen worden sei. Ähnliche Szenen seien in Berlin seit 1914 nicht mehr erlebt worden.

Die „Daily Mail“ verichert: Hitlers größter Triumph — selbst Hitler habe niemals zuvor einen solchen Sturm der Begeisterung erlebt!

Der Lutherstag im Reich verlegt.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Durch eine Verfügung des Reichsbischofs, in der deutsche Lutherstag für das Reichsgebiet im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen vom 10. auf den 19. November verlegt worden.

Differenzen mit dem Vatikan?

Marmaggi wird nach Rom berufen.

Der römische Korrespondent des „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ meldet seinem Blatt: In politischen Kreisen Roms ist das Gerücht im Umlauf, daß der päpstliche Nuntius in Polen, Erzbischof Marmaggi, vielleicht nicht nach Warschau zurückkehren werde, da der Papst für ihn ein hohes Amt im Vatikan bestimmt habe. Nuntius Marmaggi soll in der nächsten Zeit zum Kardinal ernannt werden.

In den Warschauer politischen Kreisen faßt man den angekündigten Rücktritt Marmaggis vom Warschauer Posten als unüberwindliches Hindernis vor sich häufenden Differenzen zwischen der Politik des Vatikans im Ost-Europa und den Richtlinien der Kirchenpolitik des Polnischen Staates.

Russische Protestnote an Polen.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Wie aus Moskau gemeldet wird, erschien unmittelbar, nachdem sich die Nachricht von dem Attentat auf das Sowjetkonsulat in Lemberg verbreitet hatte, in der Moskauer „Iswiestija“ ein scharfer Entwürfsartikel, der „die Toleranz gewisser polnischer Behörden“ gegenüber der „antifowjetischen Kampagne, welche in einem Teile Polens mit außergewöhnlicher Erbitterung geführt wird“, für das Lemberger Attentat mit verantwortlich macht.

Das führende polnische Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“ beantwortet diesen Ausfall mit der begütigenden Versicherung, daß, da der politische Zweck der Lemberger Schüsse offenbar die Zerstörung der polnisch-sowjetischen Beziehungen war, der Ansporn zum Attentat jedenfalls von

Polen außerhalb der polnischen Republik gegeben sein müßte. Die Himmelsrichtung wird nicht bezeichnet. Im übrigen wäre die Vermutung der „Gazeta Polska“ insofern ungenau und unzutreffend, als es irredentisch gesinnte, zu Terrorakten fähige und an ihren politischen Erfolg naiv glaubende Ukrainer in allen Weltgegenden, vor allem aber in Polen selbst gibt. Eine beträchtliche Anzahl solcher Leute lebt auch auf einem riesigen Gebiet, das jetzt Sowjetukraine heißt und von Moskau aus regiert wird.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, hat der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetunion in Warschau im Zusammenhange mit dem Attentat in Lemberg der Polnischen Regierung eine Protest-Note überreicht, die gestern entsprechend beantwortet wurde.

Die ehemaligen Brest-Häftlinge.

Im Zusammenhange mit den Gerüchten, als ob alle ehemaligen Brest-Häftlinge, die der (bäuerlichen) Polnischen Volkspartei angehören, sich im Ausland aufhielten, erfährt die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“, daß der ehemalige Abgeordnete Putek nicht abgereist sei. Es sei ferner bekannt, daß sich die ehemaligen sozialistischen Abgeordneten Barlicki, Gorkowski, Dubois und Mastek in Polen aufhalten.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

Bisher 30 Todesopfer.

Paris, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Strecke Cherbourg-Paris englisches bei Bonneville am Dienstag ein Eisenbahn-D-Zug. Die Eisenbahnkatastrophe zählt zu den schwersten, die sich jemals in Frankreich ereigneten. Im Laufe des Dienstag sind bisher 30 Tote geborgen worden. 25 Schwerverletzte konnten bis dahin in die Krankenhäuser der nächstliegenden Orte überführt werden. Von ihnen dürfte nur ein Teil mit dem Leben davonkommen.

Es wurde bis in die Dunkelheit hinein bei Scheinwerferlicht gearbeitet, bis man sich entschloß, eine Pause einzutreten zu lassen, um die Untersuchung über den Unfall nicht zu stören. Die Lokomotive des verunglückten Zuges hat vor nicht langer Zeit infolge Beschädigung einer ihrer Achsen eine Reparatur erfahren. Man ist dabei, nachzuprüfen, ob der Zustand der Lokomotive möglicherweise den Unfall herbeigeführt hat. Am Mittwoch werden die Bergungsarbeiten fortgesetzt werden. Die Gesamtzahl der Opfer ist noch nicht zu übersehen, da unter den Trümmern immer noch menschliche Überreste liegen.

Noch ein Zugunglück.

Paris, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Strecke La Roche-sur-Yon-Paris entgleiste ein Arbeitszug. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere verletzt.

Die Farmer streiken im Dollarlande.

Der wirtschaftliche Wiederaufbauplan Roosevelts, der in den letzten Wochen schon von den Industriellen wie von den Arbeitergewerkschaften immer heftiger angegriffen wurde, weil sie keinen Weg fanden, um die Gegenfälligkeit ihrer Interessen auf seiner Grundlage auszugleichen, hat jetzt einen neuen heftigen Stoß durch die Proklamierung eines Streiks der Farmer erhalten. Eine Konferenz von Vertretern der „National Farm Holiday Association“ hat ihn zunächst für die fünf Agrarstaaten Minnesota, Nord-, Süddakota, Wisconsin und Iowa beschlossen, glaubt aber, daß er binnen kurzem in 24 Staaten durchgeführt werden wird. Der Verband zählt über zwei Millionen Mitglieder und verfügt durchaus über den Einfluß in der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Vereinigten Staaten, der einen Erfolg seiner Protestaktion gewährleistet.

Die Farmer sind bitter enttäuscht über die Auswirkungen des R. F. A. - Experiments. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne im industriellen Sektor der Wirtschaft sind die Preise für Industrieerzeugnisse merklich gestiegen. Dagegen ist die Preisbewegung auf den Märkten für Agrarerzeugnisse, die anfänglich unter den Antrieben der Dollarabwertung nach oben gingen, rasch wieder zum Stehen gekommen und hat neuerdings sogar einen starken Rückschlag erfahren. Infolgedessen klappt die Preiskamera für den Landwirt wieder beträchtlich auseinander. Die Regierung, die den Widerstand der Banken und des Kapitalmarktes gegen eine entschieden inflationistische Politik spürt, scheut sich, auf dem Wege, den sie mit dem Herabdrücken des Dollarkurses beschritt, weiter fortzufahren. In den Kreisen der Farmer sieht man aber in einer kräftigen Inflation allein eine Rettung vom Zinsendruck und die Möglichkeit, zu Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu gelangen, die die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe sichern. Man hat kürzlich bereits eine Abordnung ins Weiße Haus geschickt, die vom Präsidenten feste Zusagen hinsichtlich einer Dollarinflation fordern sollte. Sie ist gar nicht bis zu Roosevelt persönlich durchgedrungen, sondern von einem seiner Mitarbeiter abgeferligt worden. Die Antwort darauf ist jetzt der Farmerstreik, der am Sonnabend eingesetzt hat.

Die Farmervereinigung hat ihren Mitgliedern aufgegeben, keine Steuern und keine Zinsen mehr zu bezahlen und nur das unbedingt Notwendige zu kaufen. Zwangsvollstreckungen und der Vertreibung von Haus und Hof soll physischer Widerstand entgegengeleistet werden. Der Abgabe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen will man sich nicht widerlegen, sie aber nur vornehmen, wenn die Gegenleistung auf einer gerechten Grundlage erfolgt. Das heißt: der Farmer will die Preisrelation zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen von sich aus feststellen. In der Proklamation der Farmervereinigung wird als Bedingung für die Beendigung des Streiks eine Währungs-inflation und eine Preisgarantie für landwirtschaftliche Produkte verlangt. Sie spricht sich übrigens gegen die von der Regierung geplante und durch eine Art Prämienpöbel schmackhaft gemachte Einschränkung der Anbaufläche für Getreide, Mais, Baumwolle usw. aus.

Das alles bedeutet eine völlige Abgabe an das System Roosevelts. Der Präsident sieht sich jetzt zwischen zwei Feuer gestellt; denn die Forderungen der industriellen Großwirtschaft stehen denen der Landwirtschaft gerade gegenüber. Es fragt sich natürlich, wer in diesem Kampfe der Stärkere sein wird. Die amerikanische Wirtschaft hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine Entwicklung genommen, die ihren Schwerpunkt sehr stark nach der industriellen Seite hin verlegt. Außerdem sind die Führer der Industrie und der Banken so stark in das politische System der Vereinigten Staaten eingeflochten, daß bisher eine Politik gegen ihren Willen kaum durchzusetzen war. Die Landwirtschaft ist demgegenüber ein wenig zum Stiefkind der Politik geworden. Andererseits hat die Agrar- und Rohstoffkrise der Welt doch so verhängnisvolle Rückschläge im Bereiche der amerikanischen Wirtschaft ausgelöst, daß eine Regierung heute über die Lebensinteressen der Farmer nicht mehr so hinweggehen kann, wie noch Hoover mit seiner einseitig industriewirtschaftlichen Einstellung es vermochte. Außerdem ist die Erbitterung in den Farmerbezirken so angestiegen, daß mit gewaltsamen Entladungen gerechnet werden muß. Es ist bereits im mittleren Westen zu örtlichen Revolten gekommen, und wenn man berücksichtigt, daß in diesen Außenbezirken der amerikanischen Zivilisation noch viel von dem lebt, was man drüben den „Geist der Grenze“ nennt, dann wird man sich nicht wundern dürfen, daß unter Umständen Aufstößen gegen einen gesellschaftlichen Zwang erfolgen, den man nicht mehr mit der Sicherung der eigenen Lebensbedingungen in Einklang bringen kann.

Der amerikanische Farmerstreik bedeutet eine Krise des Rooseveltschen Wiederaufbauplanes, die es unter Umständen in eine ganz neuartige Entwicklungsrichtung hineinzwingen kann. Man wird den weiteren Verlauf der Ereignisse drüben mit Interesse verfolgen müssen. —nn.

Wer wird russischer Botschafter

in Washington?

Moskau, 24. Oktober. (P. A. S.) Gestern Abend ist aus Moskau eine Delegation der Sowjetregierung zu der Zehnjährfeier der Türkischen Republik nach der Türkei abgereist. An der Spitze der Delegation stehen der Kriegs- und Marine-Kommissar Woroschilow und Kultusminister Buhnow. Außenkommissar Litwinow hat von der Reise nach Ankara Abstand genommen, da er die Absicht hat, sich über Riga — Berlin — Hamburg direkt nach Washington zu begeben. Begleitet wird er auf dieser Fahrt von dem ersten stellvertretenden Präsidenten der „Gospplana“ (Wirtschaftsministerium) Meschala Low, der in Moskauer Kreisen des Auswärtigen Kommissariats als einer der Kandidaten für das Amt des ersten Botschafters der Sowjetunion in Washington genannt wird. Als Kandidat für den Posten des Botschafters der Vereinigten Staaten in Moskau gilt der gegenwärtige Gesandte der Vereinigten Staaten in Riga, Max Murray, sowie der ehemalige Vorkämpfer der amerikanischen Hilfskommission während der Hungerperiode in Rußland im Jahre 1921, Oberst Gaskel. Meldungen aus amerikanischen Kreisen zufolge soll Außenkommissar Litwinow aus Hamburg am 26. d. M. auf dem Schiff „Manhattan“ nach Washington abreisen.

Die Sowjets suchen Kredite in Amerika.

Die Korrespondenten der Washingtoner Blätter melden, daß die Sowjets auf dem amerikanischen Markt Kredite in Höhe von 500 Millionen Dollar suchen. Von diesem Betrage würden 400 Millionen zum Ankauf von Maschinen und Eisenbahnschienen und 5 Millionen für den Ankauf von Baumwoll-Rohmaterial Verwendung finden.

Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ stellt fest, daß sich in dem Chor der wohlgesinnten Kommentare über den Notenaustausch zwischen Roosevelt und Stalin sehr wenige kritische Stimmen befinden. In Amerika rechnet man damit, daß die Ausfuhr nach Rußland etwa 350 Millionen Dollar betragen wird und daß 300 000 Arbeiter der Industrie wieder zur Arbeit zurückkehren werden. Von amerikanischen Regierungskreisen werden, wie die „Times“ feststellen, keine größeren Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit Litwinow erwartet, mit dessen Ankunft in Washington in zwei Wochen gerechnet wird.

Der japanische Botschafter in Washington abgerufen

Tokio, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat die Japanische Regierung ihren Botschafter in Washington Debuschi telegraphisch aufgefordert, nach Japan zurückzukehren. Wie verlautet, wird Debuschi durch einen anderen Diplomaten ersetzt werden.

Torgler und van der Lubbe

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Rechtsanwalt Dr. Sack nimmt heute die Verteidigung des Angeklagten Torgler wieder wahr.

Der Journalist Walter Deyhne hat, wie sich bei Zeugenaufruf ergibt, der Vorladung des Gerichts keine Folge geleistet. Es fehlt zunächst auch noch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Frey aus München.

Reichstagsabgeordneter Richard Karmahne aus Hannover, der als erster Zeuge vernommen wird, ist am Brandtage zusammen mit Frey und dem Betriebszellen-Vandeschmann Kroyer aus Pöhl in Österreich im Reichstag gewesen. Er sagt aus: Am 27. Februar kamen wir gegen 15 Uhr in das Reichstagsgebäude durch Portal II, um Kroyer den Reichstag zu zeigen.

Im Vorraum zum Haushaltsausschuß-Sitzungs-saal begegnete uns zum ersten Male der Abg. Torgler mit dem Angeklagten van der Lubbe, von dem wir damals natürlich nicht wußten, wer er war.

Torgler machte, als er uns sah — warum, ist mir unbekannt — einen völlig anderen Eindruck, als wir ihn seit langem gewohnt waren. Die sonst immer zur Schau getragene Ruhe war vollkommen dahin. Torgler sah bleich aus; er schreckte sofort zusammen, als er uns erblickte. Halb rechts hinter ihm kam der dort stehende Angeklagte van der Lubbe, der allerdings geradeaus schaute und nichts Auffälliges zur Schau trug. Wir gingen weiter und wollten den Reichstagsitzungs-saal besichtigen, verließen uns aber und kamen schließlich noch einmal denselben Weg zurück durch den Vorraum. Beim Eintritt durch die große Tür erblickten wir auf der Seite, wo die kommunistischen Fraktionszimmer lagen, auf der Lederbank sitzend den Abg. Torgler mit einer anderen Person. Wir betraten den Ausschuß-Sitzungs-saal. Vorher ging aber Frey noch einmal zurück und wandte sich nach Torgler und seinem Nachbar um, die auf der Bank saßen.

Vorsitzender: Das war also die zweite Begegnung mit Torgler?

Zeuge: Torgler saß auf der zweiten Bank vor dem Glaskübel-Eingang auf der Polsterlehne. Rechts neben ihm saß der andere, den ich nicht mehr feststellen kann, weil ich selbst ein zweites Mal nicht hinschaute. Frey blieb stehen und wandte sich um. Wir sind dann in den Saal getreten, haben diesen besichtigt und sind schließlich zum Reichstags-Sitzungs-saal gegangen. Dann haben wir das Gebäude gegen 16 oder 17 Uhr verlassen.

(Den vorhergehenden Prozeß-Bericht finden unsere Leser in der Beilage.)



Das Zeichen der Winterhilfe.

„Wir helfen gegen Hunger und Kälte“, so lautet die Umschrift auf der Plakette, die in Deutschland alle diejenigen an ihre Haustür heften dürfen, die sich in dem großen Volkskampf der Winterhilfe tatkräftig mit eingeschaltet haben. Das Wörtchen „Wir“ umschließt in schlichter Selbstverständlichkeit alle, die mit den Kleinen und mit den großen Spenden, aber alle sind besetzt von der gleichen Hilfsbereitschaft und dem gleichen zähen Willen, daß dieser Winter durchgehalten werden muß. Der Topf muß am Kochen gehalten werden, das wärmende Feuer darf nirgends erlöschen, die primitiven Lebensbedingungen müssen für jeden Volksgenossen gesichert sein.

Auch für uns Deutsche in Polen ist diese Lösung verpflichtend, und auch für uns gibt es keine Ausnahmen. Es muß jeder helfen, jeder nach seinem Können und Vermögen, aber keiner darf sich aus den fest geschlossenen Reihen ausschließen. Das Wahrzeichen der Winterhilfe können wir nicht einführen, aber ihr Wahrpruch soll in unserem Gewissen brennen und uns ständig an unsere selbstverständliche Pflicht mahnen.

Bei Magenbeschwerden, Sodbrennen, vermindertem Hungergefühl, Darmverstopfung, Druck gegen die Leber, Veklemmungen bewirkt ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser prompte Beseitigung der darniederliegenden Verdauung. Arztl. best. empf. 8457

Zulezt sind alle Stunden verwunden,
Stunden, die dir so bang gemacht.
Zulezt wird alles Grauen zertauen,
wie still ins Frührot schmilzt die Nacht.

Zulezt sind alle Schmerzen im Herzen
wie Wein, der dich leise stärkt.
Zulezt ist all dein Wesen genesen
und lächelt, eh du's noch gemerkt.

Gustav Schüler.

Deutsches Reich.

Arbeitslosen-Ziffer gehalten!

Am 15. Oktober wurden bei den Arbeitsämtern rund 3 851 000 Arbeitslose gezählt. Damit ist der Stand vom Ende des Vormonats im wesentlichen gehalten. Während im Vorjahre in der entsprechenden Berichtspanne rd. 48 000 Arbeitslose in Zugang gekommen sind, ist es in diesem Jahre gelungen, die saisonmäßigen Zugänge bis auf einen geringen Rest von 1700 auszugleichen. Mit der bisher erreichten Unterschreitung der Vier-Millionen-Grenze dürfte der erste Abschnitt des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit im wesentlichen abgeschlossen sein. 6 Millionen Arbeitslosen im Februar stehen rund 3,85 Millionen am 15. Oktober bei den Arbeitsämtern gegenüber. Ergänzt und bestätigt werden diese aus der Arbeitsmarktsstatistik abzuleitenden Erfolge durch die Krankenkassenmitglieder-Statistik. Der September brachte eine weitere Zunahme der Beschäftigten um 206 256 gegen knapp 80 000 im Vorjahre.

Einführung von Arbeitspässen.

Die bereits wiederholt angekündigte Einführung eines Arbeitspasses, durch den Schwarzarbeit unmöglich gemacht werden soll, wird in nächster Zeit für das Groß-Berliner Gastwirtschaftsgewerbe zur Tatfache werden. Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg hat verfügt, daß jeder Arbeitgeber im Groß-Berliner Gastwirtschaftsgewerbe nur solche Arbeitnehmer, einschließlich der Musiker, beschäftigt, die im Besitz eines vom Arbeitsamt ausgestellten Arbeitspasses sind. Diese Bestimmung gilt bei Neueinstellung ab 1. November. Wer nach dem 1. Dezember nicht im Besitz eines Arbeitspasses ist, gilt als Schwarzarbeiter.

Prinz von Sachsen-Meiningen in Österreich verhaftet.

Prinz Bernhard von Sachsen-Meiningen, der in der Gegend von Klagenfurt ein Schloß besitzt, wurde am Sonnabend vormittag von österreichischen Gendarmen verhaftet und in das Landesgericht in Klagenfurt eingeliefert.

Die Polizei hat den verhafteten Prinzen zu einer Arreststrafe für die Dauer von sechs Wochen wegen politischer Betätigung verurteilt. Über die Gattin des Prinzen, Margot, wurde der Zwangsaufenthalt verhängt, sie darf auf unbestimmte Zeit ihren Wohnsitz, das Schloß Pöhlstein, nicht verlassen. Sie wird ständig von Kriminalbeamten überwacht, die sogar ihre Telefongespräche und die Briefpost kontrollieren.

Generalsuperintendent D. Zanker — Bischof von Breslau.

Der bisherige Generalsuperintendent D. Otto Zanker ist zum Bischof von Breslau ernannt worden.

Kleine Rundschau.

Weltmeisterschafts-Borzkampf in Rom.

In Gegenwart von 80 000 Menschen wurde in Rom der Weltmeisterschaftskampf zwischen dem italienischen Riesen Primo Carnera und dem Spanier Paulino Uzcudum durchgeführt, in dem nach einem erbitterten Kampf Carnera nach Punkten siegte. Der Spanier war in hervorragender Form, die stärksten Schläge des Italiener konnten ihn kaum erschüttern. Von der Erbitterung, mit der der Kampf geführt wurde, zeugt die Tatsache, daß Carnera in der neunten Runde sich einen Arm brach und trotzdem weiter kämpfte. In der 15. Runde wurde ihm der Sieg nach Punkten zugesprochen.

Flugzeug liegt gegen die Sendeantenne des Berliner Funkturms.

Das Postflugzeug D 901 der Linie London—Berlin beschädigte am Dienstag auf dem Rückflug nach Berlin die Sendeantenne des Senders Wileben und mußte in der Gegend des Grunewald-Stadions eine Notlandung vornehmen. Die Maschine wurde erheblich beschädigt, während die Besatzung und die mitgeführte Post und Fracht unversehrt blieben.

Wasserstands Nachrichten.

Wa.erland der Weichsel vom 25. Oktober 1933.

Aratau — 2,37, Zawichost — 1,66, Warchau — 1,74, Błock — 1,27, Thorn — 1,61, Jordan — 1,72, Culm — 1,70, Graudenz — 2,10, Kurzebrat — 2,35, Bielel — 1,96, Dirschau — 2,04, Einlage — 2,38, Schiewenborst — 2,42.

Bromberg — strategisch gesehen!

Der polnische Ministerrat entschied bekanntlich am 29. September d. J., daß die Bromberger Industrie- und Handelskammer aufzulösen sei. Mit dem 1. November hat die Liquidation dieses Instituts zu beginnen. In dem Bestreben nach einer Vereinheitlichung der Verwaltung haben die zuständigen Warschauer Stellen bekanntlich im Laufe der letzten Monate die Auflösung oder Verlegung einer Reihe von in Bromberg bis dahin untergeordneten Instituten, Behörden usw. angedeutet. So wurden n. a. das Landwirtschafts-Institut, die Forstdirektion und die Handelskammer nach anderen Städten verlegt. Diese Tatsachen gaben den Anlaß zu einer Versammlung, die am Montag in den Räumen der aufzulösenden Handelskammer stattfand. An ihr nahmen die Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der polnischen wirtschaftlichen und sozialen Organisationen, sowie Vertreter der Stadtverordneten und des Bromberger Magistrats teil.

Als erster sprach der Präsident der Industrie- und Handelskammer Wdziejewski, der sich den Hinweis erlaubte, daß man sich in Warschau über die wirtschaftliche, politische und strategische Bedeutung der Stadt Bromberg nicht im Klaren zu sein scheint, da Bromberg im Laufe der letzten Monate systematisch ein Amt und ein Institut nach dem andern verliere. Gerade diese Ämter und Institute seien in nationaler Hinsicht bei der verschiedenartigen Zusammensetzung der Bromberger Bevölkerung von außerordentlicher Wichtigkeit. Er wies mit besonderem Nachdruck auf die rege Tätigkeit der Deutschen sowohl vor dem Kriege wie nach dem Kriege in Bromberg hin und sprach ein besonderes politisches Menetekel damit aus, daß er auf den unaufhörlichen Ausbau der Stadt Schneidemühl an der polnischen Grenze hinwies. Im übrigen hat er jedoch, diese Versammlung nicht als eine Protestversammlung gegen die Auflösung der Handelskammer auffassen zu wollen, sondern sie als eine Kundgebung für die nationale Bedeutung Brombergs im allgemeinen zu betrachten.

In einem längeren Vortrag gab der Bromberger Stadtpräsident Barciszewski einen Überblick über alle Versuche, welche die Stadtvertretung zum Wohle der Stadt bis dahin unternommen habe. Er vernahmte sich aber gleichzeitig gegen den Vorwurf, daß die Regierung in Warschau der Stadt Bromberg gegenüber einen bösen Willen zeige oder Bromberg aufgeben wolle. Der Stadtpräsident vertrat vielmehr die Ansicht, daß die Stadtvertretung, wenn sie rechtzeitig die Werte der Stadt Bromberg in das richtige Licht gerückt hätte, der Stadt Bromberg manchen Verlust erspart hätte.

Was die strategische Bedeutung der Stadt Bromberg anbelangt, so hob der Stadtpräsident hervor, daß nur die Militärbehörden in dieser Frage das Wort ergreifen könnten. Er wisse jedoch, daß die Militärbehörden keinesfalls der Ansicht seien, daß Bromberg strategisch ungünstiger liege als andere Städte, wie etwa Thorn.

Die Einverleibung Brombergs in die Wojewodschaft Pommerellen könne nach Ansicht des Stadtpräsidenten nur dann für die Stadt von Vorteil sein, wenn die Stadt dadurch wirklich etwas gewinne. Ein Anschluß der Stadt an Pommerellen ohne eine entsprechende Gegenleistung könne vom Interesse der Stadt aus gesehen eher als schädlich bezeichnet werden. Bromberg müsse in seinen Bemühungen, zu Pommerellen zu gehören, diese Einzelheiten besonders hervorheben.

Zum Schluß führte der Stadtpräsident Klage darüber, daß man Bromberg bei der Verlegung der Danziger Eisenbahn-Direktion nicht berücksichtigt habe, zumal Bromberg unzählige leere Büroräume und mehr als 1000 leerstehende Wohnungen habe, während Thorn mit ungeheuren Kosten Neubauten und Umbauten habe vornehmen müssen, die im Laufe der kommenden Jahre von der Stadt Thorn als schwere Last empfunden werden müssen. Der Stadtpräsident schloß seine Ausführungen damit, daß die städtischen Behörden stets das Wohl der Stadt im Auge hätten und jeden berechtigten Wunsch stets an zuständiger Stelle vorbringen würden.

Die daraufhin folgende Diskussion nahm zuweilen den Charakter einer politischen Propaganda-Versammlung vor den Wahlen an. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Verlesung, die an die Regierung nach Warschau abgesandt werden soll. Die Resolution weist zunächst auf die Benachteiligung Brombergs hin, charakterisiert Bromberg als einen wichtigen Eisenbahn-Knotenpunkt, beleuchtet die günstige geographische Lage, und enthält dann folgenden bezeichnenden Abschnitt:

„Der deutlichste Beweis hierfür ist die Tatsache, daß die ausgezeichnete geographische Lage Brombergs von feindlichen Elementen ausgenutzt wird, die hier die Zentren ihrer in Pommerellen arbeitenden Agenturen besitzen, und die eine starke Stütze in dem Ausbau der unmittelbar an der polnischen Grenze liegenden Stadt Schneidemühl haben.“

Damit ist die in den letzten Jahren erneut beobachtete Vermehrung des fremden Elements und der Rückgang des polnischen Besitztums in Bromberg zu erklären, obwohl Bromberg nach der Rückkehr in den Schoß der Heimat sehr schnell fast hundertprozentig polnisch geworden war. Die Stadt Bromberg verlangt daher jetzt die Stärkung und nicht die Schwächung des polnischen Elements und eine starke Unterstützung der Behörden, die durch die Unterbringung von Untern höherer Instanz in Bromberg erreicht werden kann.“

Am Schluß der Resolution wird auf die Bedeutung Brombergs für den Hafen von Gdingen hingewiesen.

Die Reaktionen, die wir aus dieser mißvergnügten Erschließung erfahren, klingen recht phantastisch. So phantastisch, daß ihre Väter wohl besser beraten gewesen wären, wenn sie dieses Kind nicht in die Welt gesetzt hätten. Es muß in einer schwachen Stunde gewesen sein. Die Mutter hieß Enttäuschung, und der Pessimismus stand bei der Taufe Gevatter. Als gute Fee erwies sich ganz allein das kluge Oberhaupt unserer Stadt, das — genau so unbeschwert von den Sünden anderer Leute (wie wir nicht geladenen deutschen Bürger) mit väterlicher Überlegenheit die „strategische Bedeutung“ Brombergs in ein abgedämpftes, beruhigendes Licht zu rücken wußte.

Trotzdem am Schluß diese tolle Resolution! Unser deutsches Empfinden wird davon wenig berührt. Soweit man unsere Leistungen übertreibt (und dabei anerkennt), kann das in diesem Zusammenhang nur peinlich wirken. Soweit man uns schmätzt und verleumdet, haben wir uns längst daran gewöhnt, solch formuliertes Unheilwollen mit einem Lächeln des Mitleids zu quittieren.

Wer ist denn hier und in Pommerellen ein „feindliches“ Element? Offenbar wir Deutschen; denn man stellt den „Feind“ dem polnischen Element gegenüber und gibt ihm einen „starke Stütze“ in der „unmittelbar an der Grenze liegenden Stadt Schneidemühl“. Nun wollen wir einmal das betrübte Reichenfolge am Grabe unserer Bromberger Handelskammer fragen: glaubt ihr wirklich diesen Frönn, dann zeigt uns wenigstens die Tüden und bösen Werke dieses „Feindes“ an. Wenn man sie wüßte, brauchte man nicht zu verleumden. Wenn wir zerstört und nicht immer nur gebaut hätten, brauchte man nicht zu phantasieren. Wo steht der Feind, der — sei es auch vor Generationen — auch nur einen Polen aus der schon 1772 überwiegend deutschen Stadt Bromberg verdrängte? Unsere Väter kannten keine sibirische Katorga. Aber derselbe Geist, der die zur Besprechung stehende Resolution diktierte, derselbe Geist gab den Triebstoff für ungezählte Emigrantenzüge in Richtung Schneidemühl.

Es ist nicht weise, meine Herren, ausgerechnet an Schneidemühl zu erinnern, an sein Glückslingslager und an die Chinesische Mauer, die sich vor der Rückwand erhebt. Es ist nicht weise, die Einwohnerziffern gestern und heute zu zittern. Man kann daraus verschiedene Schlüsse ziehen. Nicht zuletzt den, daß unserem Handel und unserer Handelskammer mancherlei Dinge sehr schlecht bekommen, die uns — auch strategisch betrachtet — zum mindesten recht überflüssig erscheinen sind.

Das polnische Volk weiß das alles sehr wohl. Seine klugen Führer wissen es auch. Und wer es noch immer nicht begreifen will, dem sagt es der große Führer der deutschen Nation unaufhörlich, daß er um den Korridor keinen Krieg führen will, daß jede gewaltsame Germanisierung dem Sinn der nationalsozialistischen Revolution widerspricht. Man will das nicht glauben? Die Herren von der sterbenden Handelskammer sind über Handel und Wandel ihres lebendigen Volkes aufhemend schlecht unterrichtet. Das Volk ist viel gläubiger als seine „öffentliche Meinung“. Und der Herr Stadtpräsident hat vollkommen recht: die Strategie soll man dem Militär überlassen.

Solange die (wenigstens unausgenutzte) Wasser Verbindung des Bromberger Kanals von Osten nach Westen ihren Ablauf hat (und nicht umgekehrt), solange wird Schneidemühl und was dahinter liegt für die Bromberger kein Sinterhalt, sondern ein Verbindungsziel sein. Wer in verkehrtem Sinne denkt, muß Handel und Handelskammer begraben. Denn er weiß die „günstige geographische Lage“ zu seinen Ungunsten nicht zu nutzen. Was durch die Trauer-Akademie am Montag und ihre „strategische“ Resolution leider bewiesen wurde.

amicus.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedeutet.

Bromberg, 25. Oktober.

Milderung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei allgemeiner Milderung an.

Wurstvergiftung.

Wir berichteten gestern über einen Fall von schwerer Fleisch- und Wurstvergiftung, der sich bei dem Landwirt Birchholz in Palmierowo, Kreis Schubin, ereignete. Wie die nähere Untersuchung ergeben hat, hat die Familie des Landwirts nicht, wie es zuerst hieß, das Fleisch eines selbstgeschlachteten Schweines gegessen, sondern war nach dem Genuß von Blutwurst erkrankt. Die Tochter des Landwirts, Alwine, hatte zwei Pfund dieser Wurst in Grün gekauft. Kurze Zeit nach dem Genuß machten sich bei dem Vater und bei drei Töchtern Schwindelanfälle und Fiebererscheinungen bemerkbar. Besonders die Töchter: Alwine, Gertrud und Gulda, erkrankten so schwer, daß man sie in das Krankenhaus nach Grün schaffen mußte. Hier wurde festgestellt, daß eine schwere Vergiftung vorlag, an der die eine der Töchter, namens Alwine, nach kurzer Zeit verstarb. Man sorgte sofort für die Überführung der beiden anderen Schweigern in das Diakonissen-Krankenhaus in Bromberg, wo alle Mittel angewandt wurden, um die beiden Eingelieferten am Leben zu erhalten. Die Vergiftung war unterdessen schon so weit

fortgeschritten, daß eine Darm lähmung und eine zeitweilige Erblindung eingetreten war. Die durchgeführte Rettungsaktion hatte Erfolg, so daß das Augenlicht wieder zurückkehrte und eine wenn auch nur geringe Besserung eintrat.

Nicht festgestellt werden konnte, wo und bei welchem Fleischer die Wurst gekauft worden ist, da die verstorbene Tochter Alwine den Einkauf getätigt hat und der Tod eintrat, bevor sie noch irgend welche Aussagen hätte machen können. Die Polizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet.

§ Die Zahl der Arbeitslosen betrug laut amtlicher Statistik am 21. Oktober 208 938 Personen, was im Vergleich zur Vorwoche einen Anstieg um 2421 bedeutete.

§ Seinen Brotherrn bestohlen hatte der 20-jährige Franziszek Konieczny. A., der in Rinkau bei dem Landwirt Franziszek Rogalski beschäftigt war, stahl während der Abwesenheit des R. 107 Zloty in bar, eine goldene Damenuhr, ein goldenes Armband, im Gesamtwert von 350 Zloty. Als A. nach Hause kam und den Diebstahl bemerkte, machte er der Polizei davon Anzeige, der es gelang, den inzwischen flüchtig gewordenen Spitzbuben festzunehmen. A. wurde wegen dieses Diebstahls vom hiesigen Burgergericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Gleichfalls wegen Diebstahls zu verantworten hatte sich der 44-jährige Arbeiter Razimierz Plawenc von hier. Am 10. September d. J. stahl der Tischler Senkowski fest, daß ihm aus seinem Schuppen eine Anzahl Bretter gestohlen waren. Er, der sich im Schuppen auf die Lauer gelegt hatte, gelang es, den P. bei einem Versuch, abermals Bretter zu stehlen, dabei zu ertappen. P. hatte, wie festgestellt werden konnte, dem S. systematisch für etwa 500 Zloty Bretter entwendet. Das Burgergericht verurteilte den P. wegen dieses Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis. — Wegen Nichtlösung einer Fahrkarte

aus Thorn nach Bromberg wurden Marian Górski und Razimierz Szaryski von hier zu je einem Monat Gefängnis, mit zweijährigem Strafausschub verurteilt.

§ Einen dreifachen Betrug verübte der 43-jährige Maurer Jan Rogowski von hier. Im Mai d. J. besuchte A. die hiesige Baufirma Pitak, von der er wußte, daß diese Bauleistungen zu verkaufen hatte. Er bat nun, ihm zu gestatten, die Leistungen zu besichtigen, da er die Absicht habe, diese zu kaufen. Da die Firma die Leistungen auf dem Bauplatz von Jaworski lagern hatte, stellte sie dem B. eine entsprechende Bescheinigung zur Besichtigung des Materials aus. Der angebliche Käufer nahm einen Wagen, fuhr zu dem Lagerplatz und erklärte dem dortigen Aufseher, daß er soeben von der Firma Pitak die Bauleistungen gekauft habe, wobei er den Schein vorzeigte. In der Annahme, daß es sich tatsächlich so verhielt, ließ der leichtgläubige Aufseher den Mann ruhig die Leistungen verladen. A. brachte es nun fertig, drei Wagen Material fortzuschaffen, ohne daß ihn jemand daran hinderte. Von dem Leistungsmaterial, das einen Wert von etwa 2000 Zloty repräsentierte, verkaufte A. einen Teil an ein hiesiges Baugeschäft für 350 Zloty. Wie groß war das Erstaunen des Inhabers der geschädigten Firma, als dieser auf dem Lagerplatz einige Tage später erschien und erfahren mußte, daß A. das gesamte Material weggeschafft hatte. Der Polizei, an die sich P. sofort wandte, gelang es bald, den Betrüger festzunehmen. A. hatte sich jetzt wegen dieses Betruges vor dem hiesigen Burgergericht zu verantworten, das ihn zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte, und, da er noch nicht vorbestraft ist, ihm einen 3-jährigen Strafausschub gewährte.

§ Beim Diebstahl ertappt wurde der 33-jährige Arbeiter Josef Szymborski von hier. Als am Sonnabend die Einwohnerin Jadwiga Swiatek, Kalstraße (Dolina) 1, nach einem kurzen Ausflug in ihre Wohnung zurückkehrte, sah sie zu ihrem Schrecken einen fremden Mann in dem Zimmer, der gerade dabei war, das Schubfach einer Kommode einer näheren Durchsicht zu unterziehen. Die Frau war geistesgegenwärtig genug, die Tür zuzuschlagen und die übrigen Einwohner zu alarmieren, mit deren Hilfe es dann gelang, den eingeschlossenen Spitzbuben festzunehmen und einem inzwischen herbeigerufenen Polizisten zu übergeben. S. hatte sich nun wegen versuchten Diebstahls vor dem hiesigen Burgergericht zu verantworten. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, der bereits vorbestraft ist, daß er gar nicht die Absicht gehabt habe zu stehlen, sondern in der Wohnung nur ein Stückchen Brot gesucht habe, um seinen Hunger zu stillen. Damit fand er jedoch vor Gericht wenig Glauben. Er wurde zu 3 Monaten bedingungslosem Arrest verurteilt.

§ Der heutige Wochenmarkt brachte sehr wenig Verkehr. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 1,40—1,60, für Eier 1,45—1,50, für Weiskäse 0,20—0,25, Zisterkäse 1,50—1,60. Für Gemüse und Obst zahlte man: Weißkohl 0,07, Rotkohl, Wirsingkohl, Brufen, Tomaten, Rote Rüben, Zwiebeln 0,10, Rosenkohl 0,30, Äpfel 0,30—0,40, Birnen 0,20—0,30. Die Geflügelpreise waren wie folgt: Enten 3—3,50, Gänse 6—6,50, Hühner 1,80—2,50, Tauben 0,50—0,60. Der Fleischmarkt lieferte Spied 0,90—1,00, Schweinefleisch 0,70—0,90, Rindfleisch 0,70—0,80, Kalbfleisch 0,70—0,80, Hammelfleisch 0,60—0,70. Für Fische zahlte man: Aale 1,20—1,50, Hechte 1—1,20, Schleie 0,80—1,20, Flöße 0,40—0,50, Breßen 0,80—1,00.

* Altbojen, 23. Oktober. Das 50-jährige Ehejubiläum konnten die August Langner'schen Eheleute in Zirpe begehen. Die Mitglieder des Gemeindefirchens haben nach alter schöner Gemeindefitte das Jubelpaar in feierlichem Zuge zur Kirche geleitet. Umgeben von einer zahlreichen Kinder- und Enkelgarde, die zu dem Feste zum Teil von weit her geeilt waren, zog das Jubelpaar ins Gotteshaus. Auch die Frauenhilfe Altbojen, deren treues und reges Mitglied die Jubilarin noch heute ist, nahm an der Feier regen Anteil. Von ihren Mitglieder war das Gotteshaus mit leuchtenden Herbstblumen festlich geschmückt. Die Jugend der Gemeinde versahnte die Feier durch den Vortrag eines stimmungsvollen Chorliedes. Eine prächtige Traubel, die am Altar als Ausdruck der Mitfreude der Heimatgemeinde dem Jubelpaar überreicht wurde, soll auch weiter die Grundlage des Lebenswanderns des Paares bleiben. Viel Freude bereite dem Jubelpaar auch die Gedenturkunde des Evangelischen Konsistoriums aus Posen. Die seltene Feier verlief in besonders schöner Form und klang in einem häuslichen Beisammensein mit Kindern und Verwandten und den Vertreterinnen der Frauenhilfe in herzlichster Gemütsfreude.

z Inowroclaw, 23. Oktober. Vor der hier tagenden Strafkammer hatte sich dieser Tage der noch in jungen Jahren stehende Bogdan Maleszewski zu verantworten. Der junge Mann, der als Maschinist auf dem Schiff schon weit in der Welt herumgekommen war, befand sich am 23. Juli d. J. zu Fuß auf der Eisenbahnstrecke Inowroclaw—Wierzchowice, als er dem Eisenbahner Mieczyslaw Krajewski aus Orlowo begegnete, der ihn anhielt und sagte, daß das Gehen auf der Eisenbahnstrecke verboten sei, worauf er den Eisenbahner, der ihn angeblich gestoßen haben soll, ins Gesicht schlug. Das Gericht verurteilte M., der angibt, hundertprozentiger Neurastheniker zu sein, nach längerer Beratung zu 6 Monaten Gefängnis mit 5-jähriger Bewährungsfrist.

ss Strelno, 23. Oktober. Beim Einfahren von Rübenblättern mit der Feldbahn wurde der 18-jährige Arbeiter Razimierz Nawrocki in Rachmirowitz durch plötzliches Anziehen der Pferde von einer Lore derartig gequetscht, daß er außer allgemeinen Verletzungen einen Unterschenkelbruch erlitt.

Zwei Einbrecher versuchten, nachdem sie bereits das Türfutter im Hausflur herausgerissen hatten, in das Tabakgeschäft des Kaufmanns Pluciszki einzudringen. Hierbei überraschte sie der aus der Rosenkranzandacht zurückkehrende Eigentümer, worauf beide die Flucht ergriffen und dabei einen Sad und Handwerkzeuge verloren. Auf den Alarm des Pl. gelang es dem Sohn desselben mit Hilfe von zwei anderen Personen, einen der Ausreißer zu ergreifen und ihn der Polizei zu übergeben.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke, verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Krufe; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Gepp; für Anzeigen und Nekrologien: Edmund Praggoldt; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. o., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 246.

h Soldau (Dzialdowo), 22. Oktober. Am vergangenen Sonntag fand in der evangelischen Kirche in Borchertsdorf (Burket) ein Trauergottesdienst für die im Weltkrieg gefallenen Gemeindeglieder sowie die Einweihung zweier Tafeln, auf denen die Namen der gefallenen Soldaten verzeichnet sind, statt. Die feierliche Handlung vollzog Pfarrer Dost. Durch den Weltkrieg hat die Gemeinde Borchertsdorf 66 Mitglieder verloren.

Ein Feuer brach in diesen Tagen im Kesselhaus des Sägewerks Schmaglowski aus. Dort waren Späne in Brand geraten, wodurch die Balken bereits zu schwelen begannen. Glücklicherweise gelang es durch sofortiges Eingreifen einiger Leute, das Feuer bald zu löschen. Im Laufe dieses Jahres ist dies der erste Brand in unserer Stadt.

Am letzten Jahrmarschtag ist es gelungen, den berühmten Taschendieb Roman Dracz aus Mlawka auf frischer Tat festzunehmen, als er einer Frau einen Geldbetrag und ein Paar Handschuhe entwendete. Der Taschendieb wurde ins Gefängnis eingeliefert.

In der Familie des Grenzbeamten Juch von hier kam es in letzter Zeit zu heftigen Auftritten zwischen den Eheleuten. Die Frau wollte die Frau J. ein Ende bereiten, indem sie versuchte, gewaltsam aus dem Leben zu scheiden. Sie besorgte sich einen Revolver und brückte einen Schuß gegen die linke Brustseite ab. Schwerverletzt wurde Frau J. ins hiesige Krankenhaus eingeliefert.

Die Spur der Mitschuldigen wird aufgeklärt.

Die Sachverständigen haben das Wort!

Schluß der Montag-Verhandlung.

Zum Schluß der Montag-Verhandlung kam auch der Sachverständige, Gerichtschemiker Dr. Schatz, Halle, zu dem Ergebnis, daß im Gegensatz zu den Bränden in den Umhängen der Brand im Sitzungssaal nicht einen natürlichen Ablauf genommen haben kann, sondern durch künstliche Mittel unterstützt worden sein muß. Er ist der festen Überzeugung, daß im Plenarsaal mit einer selbstentzündbaren Flüssigkeit gearbeitet worden ist. Er hält es für ausgeschlossen, daß ohne solche Mittel in vier bis fünf Minuten eine solche Brandwirkung erreicht werden konnte. Es sind in verschiedenen Brandstücken von ihm auch Spuren dafür auf chemischem Wege festgestellt worden, u. a. Naphthalin.

Auch Dr. Schatz verneint die Möglichkeit, daß eine einzige Person in dieser kurzen Zeit diese Vorbereitungen mit flüchtigem Material treffen konnte. Es hätte ein einzelner mindestens 20 bis 25 Minuten nötig gehabt, um das bereitstehende Flüssigkeitsmaterial entsprechend zweckmäßig zu verteilen.

Der Sachverständige faßt dann zusammen: Die Zündung ist erfolgt durch einen leicht entzündlichen Stoff, der in einer leicht brennbaren Flüssigkeit gelöst wurde. Dieses Lösungsmittel hat sehr zur Ausbreitung des Feuers beigetragen. Zur Ausbreitung des Feuers genügt vier bis fünf Kilogramm Petroleum oder Schwerbenzin. Die Frage des Vorfindens, ob der selbstentzündliche Stoff so eingerichtet werden konnte, daß er zu einer bestimmten Zeit sich selbst entzündete, wird von dem Sachverständigen bejaht. Auch sei die Lösung verhältnismäßig sehr leicht zu beschaffen. Sie könne in der Hofentafel mitgetragen werden. Auffallend sei, daß in der Tasche des Mantels van der Lubbes eine Raupspur vorhanden sei, die vielleicht von dem getränkten Stoff herrühren könne. Es braucht nicht besonders viel Flüssigkeit vorhanden gewesen zu sein, die man ja überall einfach ausgießen konnte und auf die man nach Ansicht des Sachverständigen ein mit der sogenannten Zündflüssigkeit getränktes Stück Kohlenanzünder gelegt hat, so daß eine Entzündung von selbst erfolgte. Van der Lubbes Aufenthalt im Reichstagsgebäude muß nach Meinung dieses Sachverständigen unstreitig länger als vierzehn Minuten gedauert haben.

Der Angeklagte Torgler wendet sich an den Sachverständigen mit folgenden Worten: „Außer dem Angeklagten van der Lubbe sitzen auf der Anklagebank noch vier Menschen. Es besteht vielleicht die Möglichkeit für Sie, im Interesse dieser unschuldigen Angeklagten die Wahrheit an den Tag zu bringen. Ich richte deshalb an Sie die Frage: Welches ist Ihre Auffassung über die Möglichkeiten bei der Brandstiftung?“

Sachverständiger Dr. Schatz: Die Möglichkeiten der Brandstiftung habe ich hier dargelegt. Aus dem Verhalten van der Lubbes habe ich für mich gewisse Schlüsse gezogen.

Das Verhalten van der Lubbes auf dem Balkon ist meines Erachtens anormal gewesen.

Lubbe muß nach meiner Überzeugung bereits gewußt haben, daß sich im Reichstag gewisse Vorgänge abspielten. Er sollte nach meiner Auffassung nur die Schuld durch sein eigenartiges Verhalten auf sich ziehen.

Oberreichsanwalt Dr. Werner weist darauf hin, daß der Angeklagte Torgler zwar nach seiner Angabe um 8.20 Uhr, nach den bisherigen Feststellungen aber erst zwischen 8.40 und 8.45 Uhr den Reichstag verlassen hat und fragt den Sachverständigen, ob nach der Art, wie der Brand im Saal vorbereitet worden sei, der Angeklagte Torgler dafür noch in Frage kommen könne.

Sachverständiger: Das Verhalten des Reichstages um 8.45 Uhr gebe durchaus noch die Möglichkeit dafür. Selbst wenn Torgler um 8.20 Uhr, wie er behauptet, den Reichstag verlassen hätte, bestünde noch eine gewisse Möglichkeit, daß der Brand auf seine Tätigkeit zurückzuführen wäre.

Am Schluß der Verhandlung tritt dann nochmals Dimitroff in die Erscheinung. Dann schließt die Verhandlung, die am Dienstag vormittag fortgesetzt wird.

Brandexperimente im Plenarsaal.

In der Dienstag-Verhandlung des Reichstags-Brandstifter-Prozesses wurde in der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Beim Zeugenaufruf stellt es sich heraus, daß ein Zeuge, der kommunistische Journalist Birkenhauer aus Essen, mit dem Torgler am 27. Februar zusammen im Reichstag war und mit dem er sich angeblich abends bei Wistinger getroffen hatte, durch falsche Adressenangabe das Gericht irregeführt hatte.

Freie Stadt Danzig.

Mordversuch an der eigenen Frau.

In den frühen Morgenstunden des Sonntag hat sich in Zoppot eine blutige Ehe tragödie abgespielt. Die in der Adolf-Hitler-Straße 20 wohnhafte Ehefrau Grünberg, die mit ihrem Ehemann in Scheidung lebt, war mit dem Zuge von Danzig nach Zoppot gefahren und befand sich gegen 4 Uhr morgens auf dem Heimweg in der Adolf-Hitler-Straße. Vor dem Grundstück Nr. 19 trat plötzlich ihr Ehemann, Arbeiter Gustav Grünberg, der in Danzig, Trost 30, wohnt und ihr anscheinend im Zuge gefolgt war, auf die G. zu und brachte ihr mit dem Messer mehrere Stiche bei, die sie in den Rücken, Leib, Kopf und Unterarme trafen. Die Verletzte rief um Hilfe und eilte in den am Tatort befindlichen Laden des Fleischermeisters Johann Widowski, der auf die Rufe hin den Laden öffnete. Als der Täter sah, daß er sein Vorhaben nicht völlig ausführen konnte, ergriff er die Flucht. Ein herbeigerufener Polizeibeamter veranlaßte die Einziehung eines Arztes, der der Schwerverletzten Notverbände anlegte und ihre Überführung in das Städtische Krankenhaus anordnete. Aus dem Befund geht zweifellos hervor, daß der Täter die Absicht gehabt hat, seine Frau zu töten. Grünberg konnte kurze Zeit nach dem Vorfall in seiner Wohnung in Danzig von Polizeibeamten gestellt und festgenommen werden.

Wahlkalender

für die Stadtverordneten-Wahlen

10. November — Einreichung der Wählerlisten an die Vorsitzenden der Wahlkommissionen;
12. — 19. November — Auslegung der Wählerlisten zur Einsicht;
15. November — letzter Tag für die Einreichung der Kandidatenlisten bei der Hauptwahlkommission;
- bis zum 22. November — Bekanntgabe der Kandidatenlisten, der Zeit und des Wahlortes durch die Hauptwahlkommission; bis zu dem gleichen Tage spätestens müssen die Bezirkskommissionen die Reklamation von Irrtümern in den Wählerlisten erledigt haben;
26. November — Wahltag; Proteste gegen die Wahl können bis spätestens 7 Tage nach dem Wahltag eingereicht werden.

entzieht sich meiner Beurteilung. Die Brandwirkung dieses Zündstoffes auf die Haut ist ganz spezifisch und sehr deutlich wahrzunehmen. Blasen werden nicht verursacht, sondern runde, abgeschlossene Stellen.

Ein Amtsgehilfe und ein Kriminalassistent, die dann als Zeugen aufgerufen werden, sind natürlich recht verduzt, warum sie so plötzlich im Gerichtssaal erscheinen müssen, und haben keine Ahnung, was sie aussagen sollen. Unter allgemeiner Heiterkeit merken sie schließlich, daß sie Versuchssubjekte für die Gerüche sein sollen, mit denen sich der Sachverständige befaßt hatte. Sie erklärten übereinstimmend, keinerlei Gerüche wahrgenommen zu haben.

Torglers Aktentasche.

Ähnlich wie die Zeugin Frau Prosch äußert sich dann auch deren Sohn. Beim Lesen der Zeitung am nächsten Morgen, d. h. also am Tage nach der Beobachtung Torglers, hat er gemeint, daß es sich bei dem Inhalt der beiden schweren Aktentaschen vielleicht um Brandmaterial gehandelt haben könnte. Er hat zu seiner Mutter geäußert: „Jetzt kann ich mir auch erklären, warum der Torgler mit diesen Taschen gegangen ist.“

Ein längeres Verhör des Zeugen über die Größe der Taschen ergibt mindestens, daß eine dieser Taschen wesentlich größer gewesen ist, als eine normale Aktentasche, und daß Torgler beide mit gestreckten Armen getragen hat und nicht eine davon unter dem Arm.

Rechtsanwalt Palkmann, der Sozius des erkrankten Dr. Sach, richtet zahlreiche Fragen an den Zeugen und läßt diesen seine Begegnung mit Torgler wiederholt in allen Einzelheiten schildern, um die Erinnerung und Aufnahmefähigkeit des Zeugen zu prüfen. Auch der Angeklagte Torgler wendet sich direkt an den Zeugen, um diesen zu der Befundung zu veranlassen, daß, da die innere Manteltasche Torglers mit Zeitungen gefüllt war, seine Armhaltung beim Tragen der Aktentasche dadurch beeinflusst war. Der Zeuge hält das durchaus für möglich.

Inzwischen sind zwei weitere Aktentaschen herbeigeschafft worden. Eine von diesen, eine dunkelbraune Tasche, wird von Torgler als diejenige bezeichnet, die er am fraglichen Tage in der rechten Hand trug. Sie sei aber viel mehr mit Zeitungen gefüllt worden, als dies der Fall sei. Torgler bittet, ihm Gelegenheit zu geben, die Zeitungen so in die Mappe hineinzupacken, wie es seine Gewohnheit gewesen sei. Er habe immer die Zeitungen besonders gekniffelt, um möglichst viel transportieren zu können.

Es wird dann festgestellt, daß sich in der fraglichen Mappe eine ganze Reihe von Zeitungen befinden, die das Datum vom 22. bis 25. Februar tragen. Es tritt dann eine kurze Pause ein, in der Torgler Gelegenheit gegeben wird, die Aktentasche so auszufüllen, wie sie bei der Begegnung mit den beiden Zeugen gewesen ist.

Eingriffe in die Wirtschaft sind verboten!

Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister teilen im Einvernehmen mit dem Herrn Preussischen Minister des Innern mit:

Es werden der Regierung noch immer Fälle gemeldet, in denen unerfahrene Kreise in Verhältnisse der einzelnen Betriebe eingreifen, indem sie auf die Zusammenfassung der Belegschaft, auf die Entlassung von sogenannten Doppelverdienern und dergleichen Einfluß zu gewinnen versuchen. Es ist sogar vorgekommen, daß außerbetriebliche Stellen, wie Fachschaftsleiter oder Verbandsangestellte, an Unternehmer ihres Bezirks das Ansuchen stellen, von ihrer Zustimmung die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern abhängig zu machen. Schließlich haben sich an einzelnen Orten Bureaus aufgetan, die den Anspruch erheben, als Schiedsstellen oder Schlichtungsanstalten über Maßregeln innerhalb eines Betriebes Entscheidungen zu fällen.

Die Reichsregierung hat mehrfach betont, daß derartige Eingriffe in die Wirtschaft nicht mehr länger geduldet werden können. Wo ihr derartige Fälle mitgeteilt werden, wird sie in Zusammenarbeit mit den zuständigen Polizeiorganen die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des geschäftlichen Zustandes treffen. Darüber hinaus stellt sie fest, daß kein Betriebsführer verpflichtet ist, Vorladungen und Anordnungen von Stellen, die nicht durch Gesetz oder durch die Regierung dazu berufen sind, Folge zu leisten. Kreise, die unerlaubte Zumutungen unter Anwendung von Druckmitteln stellen, müssen gewärtigen, wegen Annahme von Amtsbefugnissen oder Störungen des Wirtschaftsfriedens zur Rechenschaft gezogen zu werden.

„Politisches Leben ist geistiges Leben und erwacht durch die Notwendigkeit des Kampfes. Je leichter einem Kinde das Lernen gemacht wird, desto weniger und oberflächlicher lernt es. Je bequemer der Weg eines Mannes ist, desto weniger leistet er. Je schwerere Aufgaben einem Stamme, einem Volke gestellt sind, auf eine desto höhere Stufe steigt dieser Stamm und dieses Volk.“

Paul de Lagarde.

Landwirtschaftliche Arbeiter und Krankenkassen.

Das Ende der Versicherungspflicht auf dem Lande.

Unter dem 28. März 1933 ist ein Gesetz über die soziale Versicherung erlassen worden, das im „Dziennik Ustaw“ Nr. 51 vom 11. Juli unter Position 896 veröffentlicht worden ist. Von diesem Gesetz ist bisher nur der Art. 306 in Kraft, wodurch der Minister für soziale Fürsorge ermächtigt wird, die soziale Versicherung entsprechend den Bestimmungen des neuen Gesetzes zu regeln. Der Minister kann danach die Bezirke der Krankenkassen neu umgrenzen, verschiedene Krankenkassen aufheben bzw. zusammenlegen, über die Verteilung der Vermögens solcher Kassen Bestimmungen treffen usw. Solche Anordnungen sind bekanntlich bereits mehrfach erlassen und durchgeführt worden.

Durch Verordnung des Ministerrats vom 29. September („Dziennik Ustaw“ Nr. 79/33 Pos. 560) werden nunmehr am 1. November d. J. die Art. 212 und 213 des Gesetzes in Kraft gesetzt, durch die im Wesentlichen bestimmt wird, daß landwirtschaftliche Arbeiter (worunter auch die geistlichen Arbeiter auf dem Lande zu verstehen sind), vom 1. November an den sozialen Versicherungen, also auch der Krankenkassen-Versicherungspflicht, nicht mehr unterliegen. Die bezüglich den Bestimmungen des Krankenkassengesetzes, soweit sie sich auf landwirtschaftliche Arbeiter beziehen, treten am 31. Oktober d. J. außer Kraft. Anstelle der sozialen Versicherungsanstalten tritt nach den Bestimmungen der genannten Artikel 212 und 213 der landwirtschaftliche Arbeitgeber, der alle Pflichten der Versicherungsanstalten auf sich zu nehmen hat. Er kann aber mit einer Versicherungsanstalt wegen der Krankenbehandlung seiner Leute Abmachungen treffen.

Ansprüche landwirtschaftlicher Arbeiter an Krankenkassen, die vor dem Inkrafttreten der Art. 212 und 213 des Gesetzes durch Krankheit oder Invalidität entstanden sind, werden davon nicht berührt.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Bestimmungen der Art. 212 und 213 a. a. D. für die Landwirtschaft seien diese Artikel hier im Wortlaut wiedergegeben:

Artikel 212.

(1) Wenn individuelle oder kollektive Arbeitsverträge oder Entscheidungen von Schiedsgerichtskommissionen für die Festsetzung von Arbeits- und Lohnbedingungen für die Arbeiter nicht günstigere Bedingungen enthalten, sind landwirtschaftliche Arbeitgeber verpflichtet, den Arbeitern gegenüber, die in Art. 6 Abs. 3 Punkt 1 lit. a und b aufgeführt sind (es sind dies geistliche Arbeiter und physische landwirtschaftliche Arbeiter, und zwar ständige, sowie Saisonarbeiter und das Hauspersonal. D. R.), zu denselben Bedingungen und zu denselben Zeiten, wie bei den Versicherungsanstalten das Folgende zu leisten:

1. Die sämtlichen Kosten der Behandlung im Krankenhaus und die Kosten der Geburtshilfe, sowie 90 Prozent der Kosten, die mit der ärztlichen Hilfe verknüpft sind, mit Ausnahme der zahnärztlichen Behandlung, wie endlich 90 Prozent der Kosten der Medikamente.

2. Beihilfen in Höhe der vollen Naturalien, die in individuellen oder kollektiven Verträgen resp. in Entscheidungen der außerordentlichen Schiedsgerichtskommission als Entlohnung für die Landwirtschaftlichen Arbeiter festgesetzt worden sind.

(2) Wenn der Wert der Naturalien nicht 50 Prozent der Entlohnung ausmacht, erhält der landwirtschaftliche Arbeitnehmer als Beihilfe volle Naturalien und eine Zulage in bar in Höhe des Unterschieds zwischen dem Wert der Naturalien und 50 Prozent der gesamten Entlohnung. In keinem Falle darf die Höhe der Beihilfe niedriger sein als 50 Prozent der gesamten Entlohnung.

(3) Als Mitglieder der Familie, die zu den Leistungen vonseiten des Arbeitgebers gemäß Punkt 1, Absatz 1, berechtigt sind, sind anzusehen: die Ehefrau des landwirtschaftlichen Arbeitnehmers und seine Kinder unter 15 Jahren.

(4) Der Arbeitgeber ist nur dann zur Deckung der Kosten, die in Abs. 1, Punkt 1, dieses Artikels aufgeführt sind, verpflichtet, wenn der Kranke bei dem Arzt in Behandlung ist, der ihm von dem Arbeitgeber beigegeben worden ist, oder wenn er auf Grund einer Anordnung dieses Arztes nach dem Krankenhaus gebracht worden ist. Soweit es sich um die ärztliche Hilfe handelt, bezieht sich dies nicht auf plötzliche Fälle, bei denen es nicht möglich war, sich an den vom Arbeitgeber bezeichneten Arzt zu wenden, und eine Verzögerung gefährdend war. Es betrifft dies auch nicht die Kosten für die Behandlung in öffentlichen Krankenhäusern oder in solchen, die als öffentlich tätig anzusehen sind, wenn der Krankenhausarzt feststellt, daß eine Verzögerung in der Aufnahme des Kranken im Spital gefährdend für das Leben war, oder eine ernste Verschlechterung der Krankheit bedrohlich erscheinen ließ, sowie in Fällen ansteckender Krankheiten, wenn die Isolierungsbedingungen im Hause nicht ausreichend waren, was der beamtete Arzt feststellt.

(5) Die Verpflichtung zur Gewährung von Leistungen, die in den vorliegenden Artikeln vorgesehen sind, ruht auf dem landwirtschaftlichen Arbeitgeber auch dann, wenn das Arbeitsverhältnis aufgehört hat, vorausgesetzt, daß der Krankheitsfall oder der Geburtsfall eingetreten ist, als das Arbeitsverhältnis noch bestand.

(6) Wenn der landwirtschaftliche Arbeitgeber die Erteilung der ärztlichen Hilfe dem kranken Arbeitnehmer oder den berechtigten Mitgliedern seiner Familie ablehnt, oder wenn diese Hilfe nicht ausreichend ist, so erkennt die Kreisverwaltungsbehörde aus eigener Initiative oder auf Antrag des Arbeitnehmers die ärztliche Hilfe auf Kosten des Arbeitgebers. Die Entscheidung dieser Behörde bezüglich des Erfolges der Kosten durch den Arbeitgeber stellt einen Vollstreckungstitel zur zwangsweisen Einziehung dar.

(7) Streittigkeiten, die zwischen den Arbeitgebern und landwirtschaftlichen Arbeitnehmern wegen der Anwendung dieses Artikels entstehen, entscheiden die Schiedsgerichtskommissionen, die auf Grund des Gesetzes vom 1. August 1919 zur Beilegung von kollektiven Streitfällen zwischen Arbeitgebern und landwirtschaftlichen Arbeitnehmern berufen werden (Dz. Ust. Nr. 90/31, Pos. 706) in der Fassung der Verordnung des Staatspräsidenten vom 25. September 1932 (Dz. Ust. Nr. 81, Pos. 713), und in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen die ordentlichen Gerichte. Im Falle der Ausdehnung der Tätigkeit der Arbeitsgerichte auf die Landwirtschaft werden Streitfälle, die in diesem Absatz erwähnt sind, durch die Arbeitsgerichte entschieden.

(8) Bezüglich der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die im Abs. 1 erwähnt sind, finden entsprechende Anwendung die Vorschriften der Art. 102, 171 und 172 dieses Gesetzes.

(9) Die sozialen Versicherungsanstalten sind ermächtigt, freiwillige Verträge mit den einzelnen landwirtschaftlichen Arbeitgebern bezüglich der in dem vorliegenden Artikel vorgesehenen Beihilfe für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer unter den Bedingungen abzuschließen, die von der Verwaltungskommission der Versicherungsanstalt festgesetzt und von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden sind.

(10) Der Minister für die soziale Fürsorge setzt im Einvernehmen mit dem Minister für Landwirtschaft und Agrarreform die Grundsätze für die Organisation des Heilverfahrens und die Form der Aufsicht über das Heilverfahren und die Gewährung der Leistungen, die im vorliegenden Artikel erwähnt sind, fest.

Bauernprozesse in Galizien.

In verschiedenen Städten Mittel- und Ostgaliziens finden vor dem Bezirksgericht seit 14 Tagen Massenprozesse gegen Bauern statt, die unter der Anklage stehen, Ausschreitungen verschiedener Art begangen zu haben. In einigen Fällen wurde bereits das Urteil gefällt.

So wurden durch das Bezirksgericht in Rzeszow wegen der Ausschreitungen in Grodzisz, wo bei einem Zusammenstoß mit der Polizei fünf Menschen getötet und viele verletzt wurden, von 49 Angeklagten 37 Bauern zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu vier Jahren verurteilt.

Im Krakauer Prozeß wurden wegen der am 5. Juni 1932 in drei Ortschaften des Kreises Bochnia verübten Ausschreitungen, wobei es ebenfalls Tote und Verletzte gegeben hat, von 16 Angeklagten neun zu Gefängnisstrafen von sechs bis zu 15 Monaten verurteilt. Unter Anwendung des Amnestiegesetzes wurde die Strafe auf die Hälfte herabgesetzt, bzw. ganz geschenkt, soweit sie nicht mehr als sechs Monate Gefängnis betrug. Außerdem wurde gegen die Angeklagten auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren erkannt. Sechs Angeklagte wurden von Schuld und Strafe freigesprochen.

Vor dem Appellationsgericht in Krakau fand eine Berufungsverhandlung gegen das Urteil des Bezirksgerichts in Reusandez statt, wo 27 Bauern zu Gefängnisstrafen von 3½ Monaten bis zu einem Jahre verurteilt worden waren. Das Urteil der ersten Instanz wurde bestätigt. In der Begründung der angeführten Urteile wurde hervorgehoben, daß die Angeklagten das Werkzeug einer verbrecherischen Agitation gewesen seien.

Die Gründung einer Akademie für Literatur in Polen.

Die seit Jahren in Polen umstrittene Idee der Gründung einer polnischen Akademie für die schöne Literatur hat dank der Energie eines der jetzigen Regierungsnaheliegenden Literatenkreises geistbare Gestalt bekommen. Der Streit über die Akademie war von Anfang an im Grunde ein politischer Streit. Die Anregung zur Feststellung, daß Polen eine literarische Akademie nötig habe, ging nämlich von literarischen Persönlichkeiten aus, welche den Pilsudskismus in der Literatur repräsentieren, nämlich von den Romanschriftstellern Juliusz Kadzandrowski und Wacław Sieroszewski. Bald teilte sich die Literatenwelt in zwei Lager. Die einen hatten keine politischen Bedenken, die anderen aber — ihre Zahl überwog — lehnten eine Akademie ab, deren Abhängigkeit vom Sanierungsregime für sie im voraus feststand. Da eine Mehrheit der Akademiegegner offenkundig war, winkte die Regierung den Verfechtern der Gründung ab, worauf einige Jahre lang von der Akademie in der Öffentlichkeit keine Rede war, zumal das Sanierungsregime dringendere Aufgaben zu bewältigen hatte.

Die Akademie-Frage gelangte bezeichnender Weise wieder aufs Tapet, als die führenden Literaten des Regierungslagers wahrgenommen hatten, daß sich infolge der weitreichenden Verdrängung der politischen Verhältnisse in Polen eine für die Verwirklichung der Akademie-Idee günstige Situation herausgebildet hatte. Unter den günstigen Momenten sind hervorzuheben: die Ministerpräsidentenschaft von Jędrzejewicz, dem Reformator des Schulwesens, der sein „Kulturgleichgewichtswerk“ durch eine gleichgeschaltete Akademie gekrönt sehen möchte; die Zermürbung zahlreicher polnischer oppositioneller Literaten im Gefolge der Zermürbung der Linksoption und nicht zuletzt ... der große Erfolg der Nationalen Leiche.

Die Arbeit ging diesmal flott von statten. Ohne lange Diskussionen in der Öffentlichkeit zu veranlassen, hat die Regierung, d. h. der Ministerpräsident Jędrzejewicz, mit seinen Beratern kurzerhand ein Statut verfaßt und eine Verordnung über die Gründung einer Akademie für Literatur angekündigt. Auf Grund dieses Statuts hat die Regierung sieben Akademiemitglieder ernannt, welche ihrerseits acht weitere Mitglieder hinzugewählt haben. Jetzt zeigte sich die politische und kulturpolitische Veränderung, die sich seither in der Physiognomie der polnischen Literatur vollzogen hatte.

Die ernannten Akademiker sind allesamt entweder glühende Pilsudskisten oder — bekehrte Neutrale. Unter den hingewählten Akademikern wurde ein kluges Mischungsverhältnis angewandt, das eines Zuges von festernder Bosheit nicht entbehrt. So wurden zwei ausgesprochene Vertreter der Linksoption in der Literatur, die zugleich Mitglieder der PPS sind, gewählt: der Kritiker Fryderyk Fowski und der Romanschriftsteller Senator Andrzej Strug (Galecki). Ersterer hat, obwohl er seinerzeit an der Spitze der Akademiegegner gestanden hatte, die Wahl sofort angenommen und damit die Waffen vor der lange beschwerten Sanacja gestreckt. Er hat auch zugleich der PPS einen Absagebrief geschrieben. Dagegen schlug der Senator Strug die Wahl aus und zwar mit der Begründung, daß er einer Akademie nicht angehören könne, in deren Statut der Akademie die Zusammenarbeit mit der Regierung zur Pflicht gemacht wird.

Art. 213.

Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber sind verpflichtet, Fahrzeuge für die Überführung der kranken landwirtschaftlichen Arbeiter und der Mitglieder ihrer Familien zum Arzt oder zum Krankenhaus zu stellen und in Fällen unzureichender Verkehrsmittel den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern die ihnen daraus erwachsenden Kosten zu erstatten.

Deutsche Reichsbanknoten zu 10 Mark

mit dem Ausfertigungsdatum vom 11. Dezember 1934 verlieren mit dem Ablauf des 31. Januar 1934 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel und werden später nur noch bis zum 28. Februar 1934 bei allen Kassen der Reichsbank in Zahlung genommen oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht. — Wir machen auf diesen Umstand aufmerksam, da solche Reichsbanknoten sich vielleicht hier und da noch vorfinden werden.

Über die vielen Massenprozesse, die jetzt in Galizien zum Abschluß gekommen sind, bzw. noch laufen, schreibt der sozialistische „Robotnik“ u. a.: „Polen lebt seit einigen Wochen im Zeichen von Gerichtsprozessen. Diese Periode wird nicht so bald ihren Abschluß finden, denn für den Herbst ist bereits der Prozeß wegen der Septembererschreitungen im Jahre 1930, sind auch die großen Kommunistenprozesse in Wolhynien und andere mehr angekündigt. Nur der berufsmäßige Historiker könnte eine Antwort darauf geben, ob es in der Vergangenheit schon ein solches Land gegeben hat, in dem sich so viele Prozesse auf einmal angehäuft hätten. Es ist schon gar nicht mehr möglich, aufmerksam den Verlauf aller dieser Prozesse zu verfolgen, und gewisse Zeitungen haben an verschiedenen Tagen einen fast ausschließlich prozessualen Charakter. Es ist klar, daß dieses Zusammenlaufen so vieler Prozesse in ein und derselben Zeit nicht ein Verfall des Zufalls ist.“

Das polnische sozialistische Organ ist der Meinung, daß diese Massenhaftigkeit der Gerichtsprozesse dem Bürger eine Reihe von Fragen aufdrängt, auf die er eine Antwort suchen wird. „Die Leute müssen sich fragen: Wenn in Polen eine solche Ruhe und eine solche Ordnung herrscht, wie es die Sanierungspartei andauernd behauptet, woher sind mit einemmal so viel Prozesse mit Hunderten von Angeklagten hergekommen? So mancher wird auch die Frage aufwerfen: Wie ist es möglich, daß es früher zur Zeit der Sejmherrschschaft auch nicht annähernd so viel Prozesse gegeben hat? Liegt da nicht ein tieferer Zusammenhang zwischen der politischen Freiheit und dem Gerichtssaal vor? Gliedern sich dort, wo die sozialen Konflikte sich nicht auf der Sejmtribüne abspielen können, diese Konflikte nicht etwa in den Gerichtssaal?“

Diese Rechnung des „Robotnik“ ist völlig falsch. Kein Parlamentarismus vermag das Wirtschaftselend zu heilen, das all dieser Prozesse letzte Ursache ist.

In den weiteren Kreisen der Literatenwelt wird die Akademie als ein im großen ganzen gelungener Vorstoß der Regierung betrachtet, die Mehrheit der Literaten „gleichgeschaltet“ und den Regierungstendenzen dienstbar zu machen. Natürlich sind die prononcierten rechtsnationalistischen Literaten nicht in die ersten Reihen der Akademiker einbezogen worden. Im nationalen Lager wurden auch die meisten höhnischen Stimmen gegen die Akademie laut. Da diese aber erst im Werden ist und noch eine stattliche Zahl von Mitgliedern hinzuzuwählen hat, besteht die sehr begründete Aussicht, daß mancher Sanierungsgegner unter den Literaten der Rechten der höflichen Einladung, in der Akademie Platz zu nehmen, nicht widerstehen dürfte. Außerhalb der Akademie werden nur diejenigen akademieeifrigen Literaten der Opposition bleiben, welche sich durch ein hohes Amt oder durch eine führende Rolle, die sie in einer Partei innehaben, gebunden fühlen. Sie werden die Zeit abwarten, bis der Akademie ihr derzeitiger politischer Charakter nicht mehr anhaftet.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 27. Oktober.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 09.00: Schulfunk. 10.10: „Carl Zeiß — Leben und Werk“. 10.50: Zu Ehren des 95jährigen Ed. Zaubert. 11.30: „Der Geist des Nordens“ von Hilso von Trotha, mit nordischer Musik und Abschnitten aus dem dichterischen Werk Berner von Seidenstams. 12.00 ca.: Schallplatten. 14.00: Schallplatten. 15.00: Rundfunkstunde. 15.45: Die deutsche Dichteralademie. 16.00: Konzert. 17.00: Univ.-Prof. Dr. Alfred Baumbach: Der politische Mensch als Ziel deutscher Erziehung. 17.35: „Die große Stadt“ (Uraufführung). Hörbild v. Ludwig Geh. Dichtung von Gerda v. Below. Mitwirkende: Gerda v. Below, Ingrid Lorenzen, Alt. Kammerorchester des Deutschlandsenders. 17.45: Der Komponist. 18.05: Kindereicheit — Volksreichtum. 18.25: Dr. Arthur Rathje: Ein Abenteuer in der Fremde. Eine besinnliche Wanderel. 19.00: Stunde der Nation. Von Leipzig. Den kleinen deutschen Musikfreunden. 20.05: Ich sammle Musik (I). Verbindende Worte: Erich Schilling. 21.20: Violinkonzert. Violine, Hedwig Fack-Baender; Klavier Hanns Rohrer. 22.00: Nachrichten.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 08.15: Stunde der Frau. 08.30: Schallplatten. 11.30: Konzert. 13.00: Paganini. 14.10: Vieder. 16.00: Konzert. 19.00: Siehe Deutschlandsender. 20.10: Weiteres Konzert.

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 11.00: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.15: Kinderfunk. 15.30: Frauenstunde. 16.00: Unterhaltungskonzert. 18.00: Danzig: Anschließung des Parteitages der NSDAP im Freistaat Danzig, Übertragung aus dem allstädtischen Rathaus zu Danzig. Ehrung alter und verdienter Parteigenossen. 18.25: Allerlei Lustiges aus dem Danzwerleben. 19.00: Königsberg: Stunde der Nation. Von Leipzig: Den kleinen deutschen Musikfreunden. 19.00: Danzig: Stimmungsberichte von den Massenveranstaltungen anlässlich des Parteitagestages der NSDAP in Danzig, im Zoppoter Kurhaus, Sportplatz — große Allee und Reschalle, Danzig. 20.00: Nachrichten. 20.10: Humor (Schallplatten). 20.50: Abendkonzert. Orch. des Opernhauses. 22.00: Nachrichten. 22.20: Neue deutsche Tänze.

Leipzig.

06.35: Konzert. 10.10: Schulfunk. 12.00: Konzert. 14.40: Schallplatten. 16.00: Konzert. 18.00: Heinz Segeweit. 19.00: Siehe Deutschlandsender. 20.00: Böhmischer Wald. 21.00: Musik auf Volksinstrumenten. 23.00: „Hört Eure Zeitgenossen!“

Berlin.

12.05: Leichte Musik. 12.35: Konzert. 15.55: Schallplatten. 16.55: Vieder. 17.25: Konzert. 18.20: Leichte Musik. 20.15: Eintronic-Konzert. 22.50: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kampfszölle gegen Deutschland.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Finanzminister hat am 24. d. M. eine neue Verordnung in Sachen der Deutschland gegenüber in Anwendung gebrachten Kampfszölle bekanntgegeben. Diese Verordnung sieht vor, daß den deutschen Waren gegenüber um 200 Prozent höhere Zollsätze verpflichtet werden, als die für Staaten, die mit Polen keine Handelsverträge haben, vorgesehenen Zollsätze.

Der Verordnung ist ein Verzeichnis der Waren, die von den Maximalzöllen umfaßt sind, beigelegt. Im Verzeichnis sind deutsche Maschinen, Chemikalien und Textilwaren angeführt.

Kurserhöhung auf der Pariser Börse.

Paris, 25. Oktober. (P.M.) Die Pariser Börse hat auf die Mitteilung über den Sturz des Kabinetts Daladier unverzüglich durch eine bedeutende Erhöhung des Dollars und des Pfundsterlings reagiert. Am Dienstag vormittag wurde das Pfund mit 83,20, der Dollar mit 17,97 notiert.

Der Getreidemarkt der Woche.

Der Inlandsmarkt war bei fast sämtlichen Getreidearten in letzter Zeit wenig bewegt. Für Roggen besteht von seiten der Mühlen durchweg wenig Nachfrage. Die Roggenpreise liegen fast überall in Polen auf derselben Höhe, so daß ein Roggenmehlabstieg heute mit wesentlich größeren Schwierigkeiten verbunden ist. Als Käufer trat fast nur die P. B. B. auf, da die Militärbehörden auch schon vor einigen Tagen die Aufnahme ganz eingestellt haben. Das Angebot war an manchen Tagen trotz der niedrigen Preise verhältnismäßig sehr groß. In Weizen war die Nachfrage von seiten der Mühlen nicht besonders freundlich. Auch das Angebot war nur klein. Es ist wohl auch für die nächste Zeit kaum damit zu rechnen, daß sich die Preise in Weizen verbessern, weil der Mehlabstieg sehr hoch. In Gerste nahm das Angebot zu, dagegen gestaltete sich der Absatz nach dem Auslande noch schwieriger als vorher, da verschiedene Staaten Einfuhrverbote erließen und auch die Kontingente ziemlich aufgebraucht wurden. Auch für die nächste Zeit dürften die Preise kaum besser werden, so lange sich die Absatzmöglichkeiten nach dem Auslande nicht verbessern. In Hafer, wo schon ganz gute Preise zu erzielen waren, hat sich die Marktlage infolge des vergrößerten Angebotes verschlechtert, weil auch die Militärbehörden seit einiger Zeit nichts mehr aufnehmen. Man rechnet erst wieder Mitte November mit einem Einkauf. Im Verhältnis zum Vorjahre scheint Hafer wegen der niedrigen Preise weniger angeboten zu sein. Ein großer Teil wird wohl auch wegen der Futtermittelknappheit bei den Produzenten selbst verbraucht.

Das Geschäft in Samereie hat sich noch wenig entwickelt. Das Erntergebnis in Rottklee scheint aber doch in diesem Jahre wesentlich schlechter zu sein. Die Abgeber sind in der Vorlesaison zurückhaltender geworden, die Ernte scheint im Ganzen wohl nicht nur mengenmäßig, sondern auch qualitativ schlechter beurteilt zu werden. In Schweißklee werden die Preise wohl auch etwas freundlicher als im Vorjahre liegen, dagegen ist wohl bei Weisklee mit einer nennenswerten Änderung nicht zu rechnen. In Sertadella, doppelt gereinigt, prima Ware, wurde einiges gehandelt. Die Preise lagen wegen des zurückhaltenden Angebotes besser und werden wohl auch höher als im Vorjahre sein. In Widen und Peluschen macht sich ebenfalls Nachfrage geltend. In guten Bistortas erheben seit einiger Zeit gute Absatzmöglichkeiten nach dem Auslande. Dagegen sind für geringe Erbsen nur wenig Verkaufsmöglichkeiten vorhanden. Auch für Grösstaaten haben sich die Preise weiter erhöht.

In Futtermitteln scheint das Geschäft sich allmählich mehr zu beleben. In Kleie wurden verschiedentlich auch Umsätze getätigt. Auch ausländische Futtermittel, die im Verhältnis zum Vorjahre sehr günstig liegen, werden viel gekauft, speziell russische Sonnenblumenkuchen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 25. Oktober auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardzins 7%.

Der Zloty am 24. Oktober. Danzig: Ueberweisung 57,61 bis 57,72, bar 57,64—57,75, Berlin: gr. Scheine 46,55—47,25, Wien: Ueberweisung 79,25, Prag: Ueberweisung 383,00, Zürich: Ueberweisung 57,90, Mailand: 213,00, London: Ueberweisung 28,75.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 6,09 Zl., do. kl. Scheine — Zl., 1 Pf. Sterling 28,46 Zl., 1 Schweizer Franken 172,01 Zl., 100 franz. Franken 34,73 Zl., 100 deutsche Mark 209,50 Zl., 100 Danziger Gulden 172,67 Zl., tschech. Krone — Zl., österr. Schilling — Zl., holländischer Gulden 358,15.

Warschauer Börse vom 24. Oktober. Umsatz, Verkauf — Kaufl. Belgien 124,30, 124,61 — 123,99, Belgrad —, Budapest —, Bulgareien —, Danzig 173,35, 173,78 — 172,92, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,55, 360,45 — 358,65, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London —, 28,81 — 28,63, New York 61,9, 62,2 — 61,16, Oslo —, Paris 34,87, 34,96 — 34,79, Prag 26,46, 26,52 — 26,40, Riga —, Sofia —, Stockholm 148,35, 149,05 — 147,65, Schweiz 172,69, 173,12 — 172,26, Wien —, Italien 46,95, 47,18 — 46,72.

London Umkäufe 28,83—28,71.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,75.

Berlin, 24. Oktober. Amtl. Devisenkurs, New York 2,907—2,913, London 13,525—13,565, Holland 169,23—169,57, Norwegen 67,98 bis 68,12, Schweden 69,78—69,92, Belgien 58,44—58,56, Italien 22,11 bis 22,15, Frankreich 16,40—16,44, Schweiz 81,17—81,33, Prag 12,41 bis 12,43, Wien 48,05—48,15, Danzig 81,67—81,83, Warschau 47,05—47,25.

Produktenmarkt.

Warschau, 24. Oktober. Getreide, Mehl und Futtermittel. Absatz auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Rg. Parität. Wagon Warschau: Einheitsroggen 14,25—14,75, Einheitsweizen 21,50—22,00, Sammelweizen 20,00—21,00, Einheitshafer 15,00—15,50, Sammelhafer 14,50—15,00, Braugerste 15,50—16,00, Mälzgerste —, Grützergerste 14,50—15,00, Speiseerbsen 22,00—24,00, Vitoriaerbsen 26,00—30,00, Wintererbsen 37,00—39,00, Rottklee ohne dicke Blattscheide —, Rottklee ohne Blattscheide bis 97% gereinigt —, roher Weisklee —, roher Weisklee bis 97% gereinigt —, Luxus-Weizenmehl (45%) 1. Sorte 36,00—42,00, Weizenmehl (65%) 1. Sorte 32,00—36,00, Weizenmehl 2. Sorte (20%) nach Luxus-Weizenmehl 28,00—32,00, Weizenmehl 3. Sorte 17,00—25,00, Roggenmehl I 24,00—25,00, Roggenmehl II 18,00—19,00, Roggenmehl III 18,00—19,00, grobe Weizenkleie 9,00—9,50, mittlere 8,50—9,00, Roggenkleie 8,00 bis 8,50, Leinfuchsen 16,50—17,00, Rapsfuchsen 13,50—14,00, Sonnenblumentuch 17,00—17,50, doppelt gereinigte Serradella —, blaue Lupinen —, gelbe —, Peluschen 13,00—14,00, Widen 14,00—15,00, Wintererbsen 37,00—39,00, Sommererbsen 38,00 bis 40,00, blauer Mohr 55,00—65,00, Leinamien 33,00—35,00.

Umsätze 5140 to, davon 3300 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 24. Oktober. Getreide- und Devisen für 1000 Rg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 76—77 Rg. fr. Berlin 189,00, loco Station —, Roggen, märk., 72—73 Rg. fr. Berlin 153,00, loco Station —, Braugerste 188,00—195,00, Futter- und Industrieerbsen —, Safer, märk., 145,00—153,00, Mais —.

Für 100 Rg.: Weizenmehl 31,00—32,00, Roggenmehl 20,75—21,75, Weizenkleie 10,90—11,35, Roggenkleie 10,00—10,20, Vitoriaerbsen 40,00—45,00, kl. Speiseerbsen 34,00—38,00, Futtererbsen 19,00—22,00, Peluschen 17,00—18,50, Ackerbohnen 17,00—18,00, Widen —, bis —, Lupinen, blaue —, Lupinen, gelbe —, Serradella, alte —, Leinfuchsen 11,50, Trockenschmelz 10,10—10,25, Sona-Extraktionschrot loco Hamburg 8,30, loco Steffin 8,60, Raps —, Kartoffelflocken 13,50—13,70.

Gesamtrendenz: ruhig.

Die Nationalanleihe und ihre Zeichner.

Nach Feststellungen des Generalkommissars der polnischen Nationalanleihe stellt sich der eingezahlte Barbetrag auf die Obligationen der Anleihe bis jetzt auf 93 Mill. Zloty. Insgesamt sind auf die Nationalanleihe bisher rund 346 Mill. Zloty beklart. Es sind also an Vorgeblich erheblich mehr eingezahlt worden, als die erste Rate der beklarten Anleihe in Höhe von 1/10 der Gesamtsumme ausmacht. Die Mehrzahlung in bar erklärt sich daraus, daß eine ganze Reihe von Instituten, so beispielsweise die Staatsbanken, die gesamte Zeichnungssumme auf einmal eingezahlt haben.

Nach einer weiteren Berechnung stellt sich der Anteil der einzelnen Wirtschaftskreise und Bevölkerungsklassen an der Zeichnung der Nationalanleihe folgendermaßen dar:

Landwirtschaft	3,8 Prozent
Städtischer Grundbesitz	1,82 "
Handel	9,46 "
Kreditanstalten	10,76 "
Versicherungsanstalten	6,88 "
Industrie	14,11 "
Freie Berufe	2,7 "
Staatsbeamte	28,1 "
Arbeiter	20,74 "

An der Zeichnung nahmen insgesamt 1.347.000 Personen teil, wovon 66,05 Prozent auf die Gruppen Staatsbeamte und Arbeiter entfielen.

Der polnische Finanzminister hat in einer Unterredung erklärt, daß die ganze Anleihe zur Deckung des Fehlbetrages im Staatshaushalt im laufenden, wie im nächsten Budgetjahr dienen solle. Für Investitionen, deren Notwendigkeit das Finanzministerium einsehe, müßten andere Mittel bestimmt werden, um die sich die Regierung bemühende, und die sie zu erlangen trachte. Die Einkünfte aus der Nationalanleihe müßten gänzlich zur Sicherstellung der wichtigsten Staatsbedürfnisse reserviert bleiben. Auf die Frage, ob es nicht erwünscht wäre, die Ratenrückzahlungen der Anleiheobligationen aufzuheben, erwiderte der Minister, daß diese Frage erst nach der Emittierung der Obligationen in Erwägung gezogen werden könne. Das Vertrauen, mit welchem die breitesten Schichten ihre Ersparnisse dem Staatskassier anvertraut hätten, lege, so meint der Minister, der Regierung die Pflicht einer besonderen Sorge um die künftige Kursentwicklung der Anleihe auf. Daher müßten alle Entscheidungen unter diesem Gesichtswinkel getroffen werden.

Über den künftigen Voranschlag des Staatshaushaltes erklärte der Finanzminister Zawadzki folgendes: der nächstjährige Staatshaushalt werde sich ungefähr auf der Höhe des diesjährigen Budgets halten. Etwas niedriger werde er möglicherweise auf der Ausgabe- und etwas höher auf der Einnahme-Seite ausfallen. Es werden an Ausgaben 2.165.441.340 Zloty und an Einnahmen 2.117.682.880 Zloty veranschlagt werden. Darin sind 175 Mill. Zloty Rückstände an Anleihebeiträgen enthalten. Der Fehlbetrag von 47.759.000 Zloty sei im Vergleich zum diesjährigen und vorjährigen Defizit sehr gering und lasse sich bewältigen.

Im Zusammenhang mit der Bereitwilligkeit einiger Anleihezeichner, die geeigneten Beträge dem Polnischen Staat als Geschenk zu überlassen, wird vom polnischen Finanzministerium folgende Mitteilung herausgegeben:

„In den letzten Tagen wird von verschiedenen Personen und Institutionen, welche die Anleihe geschenkt haben, ein Verzicht auf die ihnen zustehenden Obligationen zugunsten des Staatsfiskus erklärt. Dieses Vorgehen widerspricht, auch wenn es von den edelsten Beweggründen diktiert ist, dem Wesen der Anleihe selbst und kann dem öffentlichen Kredit Schaden zufügen. Der Polnische Staat hat sich an seine Bürger nicht um Almosen gewandt, sondern um einen Kredit, der das Vertrauen erfordert, daß die für die Anleihe eingezahlten Gelder mit den zureichenden Zinsen zurück-erstattet werden. Wer demonstrativ auf die Obligationen Verzicht leistet, kann entgegen seinen besten Absichten den Eindruck erwecken, als ob diese Staatsverschuldung keinen Wert für ihn darstelle. Besonders gefährlich ist es, wenn dieser Verzicht durch Korporationsbeschlüsse erfolgt, wo das Moment des moralischen Zwanges vorliegt. Dadurch wiederum könnte der Verdacht entstehen, daß die Staatsbehörden bei der Ausschreibung der Anleihe in Wahrheit eine getarnte Abgabe aufzwingen wollten. Es steht jedem frei, über sein Gut zu verfügen, so daß also auch der Anteilnehmer nach Erfüllung der Zeichnungsbedingungen und nach Empfang der Obligationen diese dem Staatsfiskus oder einer öffentlichen Institution opfern kann. Das darf jedoch mit der Anleihezeichnung

nicht in Verbindung gebracht werden. Aus diesen Gründen wird der Finanzminister vor Abschluß der Einzahlungen und Emittierung der Anleiheobligationen keine Erklärungen über einen Verzicht auf die aus der Anleihe sich ergebenden Berechtigungen zur Kenntnis nehmen.“

Die Verschuldung der polnischen Landwirtschaft um 136 Prozent gestiegen

Die vom Wissenschaftlichen Institut in Pulawy veröffentlichten Untersuchungen über die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe Polens enthalten u. a. eine Zusammenstellung über die Verschuldung dieser Wirtschaften und führen die enormen Ausmaße der Krise auf dem flachen Lande in Polen deutlich vor Augen.

Die Verschuldung entwickelte sich bei Wirtschaften von 2 bis 50 Hektar wie folgt (je Hektar in Zloty):

1926	155,26
1927	210,77
1928	282,84
1929	342,25
1930	364,34

Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß die Durchschnittsverschuldung je Hektar bäuerlichen Grundbesitzes im Verlauf von nur 5 Jahren um 209,08 Zloty, das heißt um 136 Prozent gestiegen ist.

Der Stand der Verschuldung im Jahre 1930 war am größten in der Wojewodschaft Pommern, wo der Hektar Land durchschnittlich mit 647,53 Zloty verschuldet war. Der niedrigste Stand war mit 115,50 Zloty in der Wojewodschaft Wilna zu verzeichnen. In der Wojewodschaft Posen betrug die Verschuldung durchschnittlich 477,12 Zloty je Hektar.

Die größte Verschuldung pro Hektar wiesen Wirtschaften auf, welche 2—3 Hektar Land besaßen. Dort betrug die durchschnittliche Verschuldung pro Hektar 540,28 Zloty. Es folgen die landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 5—10 Hektar mit einer Schuldenlast von 393,32 Zloty, hierauf die Wirtschaften von 30—50 Hektar mit 388,40 Zloty, usw.

Der Gesamtbetrag der polnischen Staatsanleihe wird für den 1. Oktober 1933 auf 4.253,1 Millionen Zloty beziffert, von denen nur 249,6 Millionen Zloty bzw. 10 Prozent auf die innere Schuld entfallen; die neue 6prozentige Innere Anleihe ist hierbei allerdings nicht berücksichtigt. Im 3. Vierteljahr 1933 haben sich die äußeren Schulden des Staates um 287,5 Millionen Zloty vermindert, größtenteils infolge der weiteren Entwertung der angelsächsischen Währungen.

Dr. Schacht fordert internationales Vertrauen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärte in einer längeren Unterredung mit dem Sonderkorrespondenten der „Daily Mail“ u. a., daß jede Erholung des Handels und jede Rückkehr zur freien Wirtschaft in Deutschland, sowie in den anderen Ländern unmittelbar von dem Wiederaufleben des internationalen Vertrauens abhängen. Dr. Schacht sagte ferner, er glaube nicht an Zolltarife und halte das Ottawa-Abkommen für falsch. Er unterstrich die Wichtigkeit der Fundamentierung für England und die englischen Besitzungen, erklärte aber, daß kein anderes Land seine Währung mit derselben Wirkung entwerthen könne. Deutschland könnte z. B. hierdurch seinem ähnlichen Zweck dienen. England habe zwar den Goldstandard, aber nicht das Gold verlägen; denn das Pfund werde immer noch nach dem Goldmaßstab gemessen. Im Interesse des internationalen Vertrauens würde er wünschen, daß das Pfund auf seinem gegenwärtigen Stand festgesetzt werde. Ein Versuch, das Pfund auf einem höheren Stande zu stabilisieren, würde ein großer Mißgriff sein. Das Ergebnis einer Rückkehr zur alten Goldparität würde schlimmer als die Inflation sein; denn es würde bedeuten, daß alle in der entwerteten Währung abgeschlossenen Schulden in einer höheren Währung bezahlt werden müßten.

Zum Schluß sagte Dr. Schacht, solange das internationale Wirtschaftsvertrauen nicht wiederhergestellt werden könne, sehe er keinen anderen Weg für die Welt als eine Fortsetzung der gegenwärtigen Bestrebungen des wirtschaftlichen Nationalismus und der wirtschaftlichen Ausschließlichkeit, was ein direkter Gegensatz zu dem Ideal der größtmöglichen Freiheit im internationalen Güterverkehr sei.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 25. Oktober.

Die Preise lauten Parität Bromberg (Wagonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:	
Roggen	20 to 14,50
Weizen	38 to 19,75—20,20
Mälzgerste	— to —
Hafer	75 to 14,25
Buchweizen	— to —
Roggenm. 65%	— to —
Weizenm. 65%	— to —
Richtpreise:	
Roggen	14,50—14,75
Weizen	21,00—21,75
Braugerste	15,00—16,00
Mälzgerste	13,50—13,75
Hafer	13,50—13,75
Roggenmehl 65%	21,50—22,25
Weizenmehl 65%	31,50—33,50
Roggenkleie	9,00—9,50
Weizenkleie	8,50—9,00
Weizenkleie grob	9,00—9,50
Raps	33,00—35,00
Wintererbsen	35,00—37,00
Peluschen	12,50—13,50

Richtpreise:			
Roggen	14.50—14.75	Viktoriaerbsen	22.50—24.50
Weizen	21.00—21.75	Folgererbsen	23.00—25.00
Braugerste	15.00—16.00	gelber Alee, gefch. . . .	85.00—90.00
Mälzgerste	13.50—13.75	Feinfuchsen	18.50—19.50
Safer	13.50—13.75	Raps fuchen	14.00—15.00
Roggenmehl 65%	21.50—22.25	Sonnenblumentuch	18.50—19.50
Weizenmehl 65%	31.50—33.50	blauer Mohr	60.00—62.00
Roggenkleie	9.00—9.50	Senf	34.00—36.00
Weizenkleie	8.50—9.00	Veijnamen	35.00—37.00
Weizenkleie grob	9.00—9.50	Widen	13.00—14.00
Raps	33.00—35.00	Fabrikartoff. p.kg%	0.13
Wintererbsen	35.00—37.00	Speisefartoffel	2.25—3.00
Pelufchen	12.50—13.50	Pelufchen	12.50—13.50

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	825 to	Fabrikartoff.	— to	Safer	25 to
Weizen	279 to	Speisefartoff.	15 to	Peluschen	15 to
Mälzgerste	465 to	blauer Mohr	— to	Grühe	— to
Braugerste	291 to	weißer Mohr	— to	R.-u. Rapsfuch.	— to
Roggenmehl	— to	Rottklee	— to	Mohnfuch.	— to
Weizenmehl	23 to	Weisklee	— to	Zuderrübenfuch.	— to
Viktor.-Erbi.	11 to	Schwedenklee	— to	Rudeln	— to
Folger.-Erbi.	— to	Gelbklee	— to	Widen	— to
Kleider-Erbien	— to	Infarnattklee	— to	Sonnen-	— to
Roggenkleie	21 to	Wundklee	— to	blumentuch	— to
Weizenkleie	33 to	Gerstentkleie	45 to	Soya-Schrot	— to
Raps	30 to	Serradella	— to	Gersten-Schrot	— to
Kartoffelflod.	— to	Senf	— to	Trockenschmelz	20 to

Gesamtangebot 2255 to.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 24. Oktober.

Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:	
Roggen	405 to 14,75
75 to	14,68%

Richtpreise:	
Weizen, neu, 3. Verm.	19,25—19,75
Roggen	14,50—14,75
Gerste 695—705 kg	13,75—14,00
Gerste 675—685 kg	13,25—13,50
Braugerste	15,75—16,50
Hafer	13,25—13,50
Roggenmehl (65%)	20,75—21,00
Weizenmehl (65%)	31,50—33,50
Weizenkleie	9,00—9,50
Weizenkleie (grob)	10,00—10,50
Roggenkleie	9,25—9,75
Speisefartoffeln	2,45—2,70
Vitoriaerbsen	21,00—25,00
Folgererbsen	22,00—25,00
Sommererbsen	14,00—15,00
Peluschen	13,00—14,00
Leinfuchsen	17,00—18,00
Wintererbsen	39,00—40,00
Rapsfuchsen	14,50—15,00
Fabrikartoffeln pro Kilo	0,13%

Senf	37,00—39,00
Blauer Mohr	58,00—62,00
Weizen, u. Roggen, trock. u. lof.	—
Weizen, u. Roggen, trock. u. gepreß.	—
Safer- und Gersten, trock. u. lof.	—
Safer- und Gersten, trock. u. gepreß.	—
Seu, lof.	—
Seu, gepreß.	—
Negehen, lof.	—
Negehen, gepreß.	—
Sonnenblumen, fuchsen 46—48%	18,00—19,00
Soja-Schrot	22,00—22,50
Alee, rot	130,00—150,00
Alee, weiß	90,00—120,00
Alee, gelb, ohne Schalen	90,00—110,00

Gesamtangebot: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen 1035 to, Weizen 30 to, Gerste 140 to, Safer 15 to, Roggenkleie 60 to, Weizenkleie 30 to, blauer Mohr 16,5 to, Pflanzartoffeln 10 to, Fabrikartoffeln 75 to, Kartoffelflocken 10 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Hafer- und Weizenmehl, Brau- und Mälzgerste ruhig, für Hafer schwach.

Viehmarkt.

(Wiederholt für einen Teil unserer Auflage.)

Posener Viehmarkt vom 24. Oktober. (Amtl. Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 450 Rinder (darunter 42 Ochsen, 120 Bullen, 288 Kühe, — Kälber, — Junge), 477 Rälber, 1880 Schweine, 162 Schafe; zusammen 2969 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht in Zloty

Breite 100 Kilogramm (mit Handelsunkosten): Rinder: Ochsen: vollfleisch., ausgem., Ochsen von höchstem Schlachtgewicht, nicht angest., 70—74, vollfleisch., ausgem., Ochsen bis zu 3 J., 60—64, junge, fleischig, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 50—56, mäßig genährte junge, gut genährte ältere 42—48.

Bullen: vollfleischig, ausgemästete von höchstem Schlachtgewicht 62—68, vollfleischig, jüngere 54—58, mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 46—50, mäßig genährte 40—44.

Kühe: vollfleischig, ausgemäst., von höchstem Schlachtgewicht 66—70, Mästfleisch 56—60, gut genährte 42—44, mäßig genährte 28—32.

Kälber: vollfleischig, ausgemästete 70—74, Mästfärsen 60—64, gut genährte 50—56, mäßig genährte 42—48.

Junge Vieh: gut genährtes 44—50, mäßig genährtes 40—44.

Rälber: beste ausgemästete Rälber 72—80, Mästfärsen 64—70, gut genährte 56—62, mäßig genährte 46—54.

Schafe: Mästlamm und jüngere Mästlamm 70—76, gemästete, ältere Hammel und Mutterchafe 60—66, gut genährte, alte Mutterchafe —.

Schweine: gemästete 120—150 kg Lebendgewicht 102—106, vollf., von 100—120 kg Lebendgewicht 94—98, vollfleischig, von 80—100 kg Lebendgewicht 88—92, fleischige Schweine von mehr als 80 kg Lebendgewicht 78—84, Sauen und späte Rälber 84—92, Bacon-Schweine —.

Marktverlauf: sehr ruhig.

Danziger Schlachtviehmarkt. Amtl. Bericht vom 24. Oktober.

Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Auftrieb: 1 Ochsen, 23 Bullen, 111 Kühe; zusammen 135 Rinder, 66 Rälber, 78 Schafe, 1724 Schweine.

Man zahlte für 1 Hekt. Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Ochsen: Gemästete höchsten Schlachtgewichte, jüngere —, ältere —, sonstige vollfleischig, jüngere —, fleischig —.

Bullen: jüngere, vollfleischig, höchsten Schlachtgewichts 33—35, sonstige vollfleischig oder ausgemästete 26—29, fleischig —.

Kühe: Jüngere, vollfleischig, höchsten Schlachtgewichts 31—33, sonstige vollfleischig oder ausgemästete 25—28, fleischig 18—20, gering genährte bis 10—12, Kälber (Rälber): Vollfleischig, ausgemästete, höchsten Schlachtgewichts 34—37, vollfleischig 30—31, fleischig —.

Kälber: Doppelpelzer bester Mast —, beste Mast- und Saugfärsen 42—46, mittlere Mast- u. Saugfärsen 30—35, geringe Rälber 10—15, Schafe: Mästlamm und junge Mästlamm, Weide- und Stallmast 30, mittlere Mästlamm, ältere Mästlamm und gut genährte Schafe 25, fleischige Schafvieh —, gering genährte Schafvieh —, Schweine: Fettchweine über 300 Pfd. Lebendgew. 44—45, vollfleischig, Schweine von ca. 240—260 Pfd. Lebendgew. 41—42, vollfleischig Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 39—40, vollfleischig Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 36—37, fleischig, Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht —, fleischig, Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht —.

Sauen 36—40.

Bacon-Schweine 27.

Marktverlauf: Rinder, Rälber, Schafe und Schweine geräumt.

Bemerkungen: Die notierten Preise sind Schlachtoppreise. Sie enthalten sämtliche Unkosten des Handels einchl. Gewichtsverluste.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund